

## RT DE: Analyse und Meinung

### Artikel der Woche, 16.08.–22.08.2024

#### Inhaltsübersicht

Analyse .....	1
Meinung .....	17

## Analyse

### Kiews Militär im Gebiet Kursk beweist: Entnazifizierung der Ukraine notwendig

<https://dert.site/europa/215853-kiews-militaer-im-gebiet-kursk/>

16.08.2024

**"Russisches Schwein", riefen im Gebiet Kursk zwei ukrainische Militärs mit SS-Stahlhelmen einem 74-jährigen Rentner zu. Der Vorfall ist nicht die erste Misshandlung von Zivilisten durch ukrainische Soldaten. Dabei veröffentlichten sie die Videoaufnahmen des Vorfalls selbst aus freien Stücken.**

*Von Jewgeni Posdnjakow*

Im Internet ist ein Video aufgetaucht, in dem zwei Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte einen 74-jährigen Rentner verhöhnen. Darin verspotten die Ukrainer, die Stahlhelme mit SS-Abzeichen tragen, den älteren Mann als "Russki Iwan". Das Großväterchen klagte ihnen sein Leid, er habe sich verirrt und wandere seit fünf Tagen durch die Gegend. Aber anstatt ihm zu helfen, nannten ihn die Soldaten "russisches Schwein" und schlugen ihm vor, "Wodka trinken" zu gehen.

Wie es sich herausstellte, war einer der Nazis der im Gebiet Iwano-Frankowsk geborene Wassili Daniljuk. Nach Angaben des Telegram-Kanals *Shot* ist er im Ort Gorodenka wohnhaft. Der Vorsitzende der russischen Liberaldemokratischen Partei, Leonid Sluzki, setzte bereits ein Kopfgeld auf diese Unmenschen in Höhe von fünf Millionen Rubel (umgerechnet etwa 52.000 Euro) aus. Der stellvertretende Leiter der russischen Nationalgarde in der DVR, Alexander Chodakowski,

bezeichnete die Nazis seinerseits als "das Gesicht eines echten Europäers".

Es ist anzumerken, dass auf den Aufnahmen aus dem Gebiet Kursk nicht der erste Fall einer Verwendung von SS-Stahlhelmen durch ukrainische Militante dokumentiert ist. Zuvor erschienen in sozialen Netzwerken Fotos von getöteten ukrainischen Soldaten, deren Ausrüstung mit ähnlichen Abzeichen versehen war. Das heißt, dass das Video keinen Einzelfall, sondern vielmehr einen Trend zeigt.

"In den Streitkräften der Ukraine gibt es genug Banderisten. Für sie sind die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkriegs Idole und Helden, die es nachzuahmen gilt. Egal, wie sehr die westlichen Medien versuchen, es zu vertuschen, es ist unmöglich, das echte Wesen der bewaffneten Nazis zu verstecken", sagt die Politologin Larissa Schessler.

"Die Gepflogenheiten und das Wesen solcher Militanten war vielen noch im Jahr 2014 nach den Ereignissen in Kiew, Odessa, Nikolajew, Charkow und zahlreichen anderen Städten klar. Heute sind für sie jegliche Schranken gefallen. Sie verüben ihre Gräueltaten mit Stolz im russischen Grenzland, im Donbass, im Gebiet Charkow", erklärt sie.

"Dabei demonstriert Selenskijs Amt ganz im Sinne der Gewohnheiten der Politik des Westens eine erstaunliche Doppelzüngigkeit. Während die Ministerin für Reintegration der Ukraine, Irina Wereschtschuk, behauptet, dass eine 'Sicherheitszone' zu humanitären Zwecken einzurichten sei, verüben ukrainische Soldaten Verbrechen", sagt Schessler.

"Nicht besser steht es um das ukrainische Hinterland. Ein bedeutender Anteil von Strafgefangenen wurde aus politischen Gründen verurteilt. Menschen werden als Andersdenkende verfolgt. Sie können ins Gefängnis geworfen werden, bloß weil sie mit den Aktionen von Selenskijs Regierung nicht einverstanden sind. Das Regime erzeugt buchstäblich einen Nährboden, auf dem Kriegsverbrecher heranwachsen", betont die Expertin.

"Dieses Video ist ein weiterer Beweis für die Notwendigkeit einer vollständigen Entnazifizierung der Ukraine. Für zahlreiche Anhänger des ukrainischen Militärs sind die Wörter 'Nazi' oder 'Banderist' gesichtslose Markierungen. Sie sollten darüber nachdenken, dass niemand die 'Helden' des Videos zwang, den alten Mann zu verhöhnen. Sie zogen ihre Helme selbst an, nahmen ihre Telefone selbst in die Hände, zeichneten den Vorfall selbst auf. Sie teilten die Aufnahmen im Internet und zeigten dabei das echte Gesicht der 'Freiheitskämpfer'", betont Schessler.

Überhaupt sei der neonazistische Charakter der ukrainischen Regierung seit längerem bekannt, sagt Maxim Grigorjew, Teilnehmer an der militärischen Sonderoperation und Vorsitzender des internationalen öffentlichen Tribunals für Verbrechen der ukrainischen Neonazis und ihrer Handlanger. "Wir erhalten jeden Tag zahlreiche Informationen über Gräueltaten, die von ukrainischen Militärs verübt wurden", fügt er hinzu.

"Bisweilen wunderten sich selbst deutsche Militärausbilder, wie offen und unverhohlen ukrainische Soldaten Hitlers Ideen unterstützen. Wovon kann man noch reden, wenn die Regierung dieses Landes die Staatsideologie um eine Gruppe von Nazi-Kollaborateuren aufgebaut hat?", merkt er an.

"Die im Internet veröffentlichte Aufzeichnung wurde zu einem weiteren Symptom der Nazi-Krankheit der Ukraine. Auf diesen Bildern sehe ich einen selbtherrlichen Militanten, der buchstäblich strahlt, weil es ihm gelungen ist, diesen alten Mann zu verhöhnen. Natürlich ist ein solches Verhalten eines Militärangehörigen nicht würdig", sagt der Experte.

"Unlängst fanden wir auf einem ukrainischen Stützpunkt die Kopie einer deutschen Stabskarte aus

den Zeiten des Großen Vaterländischen Krieges. Sie hing direkt in ihrem Besprechungsraum. Anscheinend sahen sich die Angehörigen des Verbands gerne als Nachfolger der Nazis, die die Sowjetunion angreifen. Doch ihre Verbrechen bleiben nicht ungestraft. Die Vergeltung wird jeden ereilen", schlussfolgert Grigorjew.

*Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 15. August 2024 bei Wsgljad.*

\* \* \*

## **Wehrmachtwurzel der Bundeswehr – Teil 1: Undankbarer Job des Oberst Collatz**

<https://dert.site/inland/215895-wehrmachtwurzel-bundeswehr-teil-1-undankbarer-jpb-oberst-collatz/>  
17.08.2024

**Obwohl das Verteidigungsministerium die umstrittenen "ergänzenden Hinweise" zur Traditionspflege der Bundeswehr vom 12. Juli zurücknahm, ändert diese Korrektur nichts an der Wirklichkeit der engen Verbindung der Bundeswehr zur Wehrmacht. Historiker Stefan Bollinger beleuchtet in seinem Zweiteiler die Nazi-Kontinuitäten in der Militärgeschichte der Bundesrepublik.**

*Von Stefan Bollinger*

Es gibt wirklich Bullshit-Jobs, auch den des stellvertretenden Ministeriumssprechers Oberst im Generalstab Arne Collatz für das Bundesverteidigungsministerium. An einem Montag konnte er noch erklären, wie militärische Exzellenz, auch in der Wehrmacht erworben, bei späterer guter demokratischer Gesinnung Traditionen der Bundeswehr begründen kann. Ein Papier aus seinem Hause, die "Weisung zur Herausgabe der ergänzenden Hinweise zu den Richtlinien zum Traditionsverständnis und zur Traditionspflege der Bundeswehr" vom 12. Juli 2024, sollte das Image der Truppe in der Zeitenwende aufpolieren und zeigen, wessen Geistes Kind die Truppe dank gepflegter Kriegstraditionen sein kann. Von kriegserfahrenen deutschen Militärs aufgebaut, sollte die Truppe schon in Zeiten ihrer Gründung "kriegstüchtig" sein. Mit solchen Lehrern als Vorbild damals kein Problem, nun aber in den neuen Zeiten sollen sie wieder dafür herhalten, Deutschland und seine Armee auf einen künftigen Krieg vorzubereiten.

Da zählt jeder "gute" Name. Denn "entscheidend für die Traditionswürdigkeit von Soldaten der Gründergeneration der Bundeswehr ist das Ergebnis eines sorgfältigen Abwägens zwischen etwaiger persönlicher Schuld und individueller Leistung, die sinnstiftend in die Gegenwart wirkt". Die Autoren haben genau hingeschaut, echte Kriegsverbrecher finden sich in der Liste der Vorbilder wohl nicht, nur fleißige Mitläufer, militärische Aktivisten, treue Befehlsempfänger, im Zweifelsfall bis zum letzten Kriegstag oder auch darüber hinaus.

Das Tolle ist, dass diese Militärs – und viele ihrer nicht genannten und gewürdigten wohl 40.000 Kameraden aus der Ersteinstellung in die neue Bundeswehr offiziell ab 1956 – nur den Dienstherrn wechseln mussten und ihre geistige Formierung den neuen Regeln anpassen mussten.

Die Bundesrepublik blieb der würdige Fortsetzer jenes Kapitalismus, der den Faschismus möglich machte. Die deutsche Wirtschaft, einschließlich der Rüstungsindustrie, blieb bei einigen kosmetischen Korrekturen in den bewährten Händen von Kapitalisten und Managern. Rassismus und nationaler Überheblichkeit mussten nun partiell abgeschworen, die bundesdeutsche Demokratie und ihr US-Vorbild gelobt werden. Das war einfach: In der alt-neuen Deutschen (Teil-)Republik hatte sich wenig geändert, und für Militärs mit den Erfahrungen des letzten Krieges ideal: Der Hauptfeind blieb – die Sowjetunion mit ihren neuen Verbündeten, einschließlich der abtrünnigen

"DDRler", vor allem der strikte Antikommunismus. Und ein wenig Nationalismus und Rassismus durften bleiben, wenn es gegen die "Sowjets", die Russen und die ganzen anderen seltsamen Völker im Osten ging. Und wenn die Verbundenheit mit den Rassisten aus Portugal oder Südafrika etwa im südlichen Afrika in ihrer Kolonial- und Apartheid-Politik gepflegt wurde, dann durfte es noch ein Stückchen mehr an Überheblichkeit sein.

## Was zählt, ist Kriegserfahrung und Treue zur Sache

Da scherte es wenig, dass ein Konteradmiral Erich Topp, Ritterkreuzträger sowie NSDAP- und SS-Mitglied, zu diesen alten Kämpfern zählt, da er sich ja in der Nachkriegszeit kritisch mit seiner Vita auseinandergesetzt habe. Es muss ja nicht erwähnt werden, dass sich noch in den 1960er Jahren der NATO-Verbündete Norwegen verbat, dass der U-Boot-Kommandant, auf dessen Blutkonto auch norwegische Frachter gingen, nun ihr zuständiger NATO-Befehlshaber werden sollte. Und Bonn nahm Rücksicht.

Da wird nicht hinterfragt, warum Brigadegeneral Wolfgang Schall erst 1955, also offensichtlich im Zuge des Adenauer-Deals zur Freilassung von als Kriegsverbrechern separierten deutschen Militärs, in die westliche Freiheit kam und alsbald wieder den Waffenrock anziehen konnte. Die "Weisung" sieht ihn als einen Akteur, der sich mit "Fragen der Menschenführung" auseinandersetzte. Er beglückte seine Kameraden mit dem Entwurf einer Dienstvorschrift "Geistige Rüstung", die allerdings mehr erschreckte als aufbaute. Und die Mitarbeit an der aus damaliger Sicht reaktionären Schnez-Studie zur Festigung des "Wehrwillens" gegen die demokratischen Anwendungen der Studentenbewegung und der sozialliberalen Regierung war gut für den reaktionären Geist im Offizierskorps, aber ging weit an den gesellschaftlichen Realitäten der beginnenden 1970er Jahre vorbei. Immerhin, Schall, alsbald CDU-Politiker, hatte sich seinen Ruf als "Kalter Krieger", der hinter jedem "Andersdenkenden" ein "rotes Trojanisches Pferd" vermutete, verdient. Damals war so viel Eifer aber noch der Karriere schädlich.

Die Autoren der "Weisung" hatten ihr Bestes getan, was die Suche nach Vorbildern betraf, aber das Schlechteste, was ihre derzeitige Vermarktung gegenüber Feind und Freund betrifft. Schon der vergleichbar bescheidene Gegenwind ließ das Bundesverteidigungsministerium zurückrudern. Offenbar war und ist die Zeit trotz der Tag für Tag beschworenen "russischen Gefahr" und dem Erstarken rechtsnationalistischer und faschistoider Kreise im Land noch nicht reif.

Denn schon zwei Tage nach der erwähnten Regierungspressekonferenz musste Oberst i.G. Collatz kleinlaut eingestehen, dass die Weisung "vom Markt" genommen würde, weil sie Zweifel an der Umsetzung des demokratischen Wertekanons auslösen könnte. "Es muss immer klar sein, dass die Tradition der Bundeswehr, der Kern der Erinnerungskultur der Bundeswehr, Bestandteil des werteorientierten Selbstverständnisses und damit auch unserer Unternehmenskultur, wenn man das so sagen möchte, ist und letztlich ihre Verankerung in der Gesellschaft festigt."

Nun ja, die beiden genannten Beispiele Topp und Schall belegen dies ja schon in einem breiten Spektrum. Ein einst strammer Nazi wird Chef des Führungsstabes der Marine und stellvertretender Inspekteur der Marine, ein potenzieller Kriegsverbrecher darf sich an der "inneren Führung" versuchen. Die antikommunistische und antisowjetische Stoßrichtung beider und ihrer anderen über 40 genannten Kameraden kann es nicht gewesen sein. Aber dass die *taz* ebenso wie das russische Außenamt oder *RT DE* schon frühzeitig die Fragwürdigkeit dieser Ergänzung öffentlich gemacht haben, zeigt die Schwierigkeiten.

## Traditionerlasse und politisch-militärische Kontinuitäten

Nüchtern ist zu erinnern, dass eine Korrektur von Öffentlichkeitsarbeit, wie die Rücknahme des

Erlasses, nichts an der Wirklichkeit einst und jetzt ändert. Heute ist mit der vom Kanzler verkündeten Zeitenwende klar: Es geht um die Vorbereitung auf einen Krieg, und für den gibt es nur einen (wenn wir China einmal außen vor lassen, da sollen sich Bundesmarine und Bundesluftwaffe kümmern) Feind, der seit 1914 immer der gleiche war: das Russische Imperium, die Sowjetunion, die Russländische Föderation.

Und das wussten die Gründungsväter der Bundeswehr auf der Bonner Hardthöhe und im Washingtoner Pentagon auch schon in den 40er/50er Jahren des 20. Jahrhunderts: Kriegserfahrung, erst recht Erfahrung auf dem sowjetischen Kriegsschauplatz von Belorussland, dem Baltikum, der Ukraine, der Krim und dem Kaukasus, war hilfreich. Dass dieser Krieg vom ersten Tag verbrecherisch geführt wurde, dass Kommissar-Befehl, Judenmord, Jagd auf Sinti und Roma, das Aushungern Leningrads, die "Taktik der verbrannten Erde" dazugehörten, mochte spät manche der Männer des 20. Juli bewegt haben, bei allen anderen mussten nur "persönliche Schuld und individuelle Leistung" und militärische Eignung abgewogen werden.

Und das funktionierte glänzend, die BRD bekam ihre durchaus schlagkräftige Bundeswehr. Aber der Oberst und sein veranlassender Generalleutnant Rohrschneider müssen sich nicht grämen. Bundeswehr, Tradition und Wehrmacht sind Dinge, die garantieren, dass die Verantwortlichen in historische Fettnäpfchen treten werden, dass die einstigen westlichen Kriegsalliierten aufhorchen und die noch in Deutschland vorhandenen, nicht geschichtsvergessenen und antifaschistisch eingestellten Kräfte Alarm schlagen können.

Seit 1965 gab es immer wieder Versuche, die Traditionsfrage in den Bundeswehr-Griff zu bekommen. Seitdem gibt es "Traditionserlasse", die dem Charakter nach Dienstvorschriften, also für den Soldaten verbindliche Gesetze, darstellen. Bundesverteidigungsminister Kai-Uwe von Hassel, CDU, hatte 1965 erstmals versucht, solche Pflöcke einzuschlagen, übersah aber, dass es wohl hilfreich wäre, genauer nach Chancen und Risiken des Verankerns in der Geschichte abzuwägen.

Denn zu dieser Zeit endete die Bonner Restaurationszeit, die großzügig und blind über die Verbrechen der Nazi-Zeit und ihre Täter hinweggegangen war. Der Auschwitz-Prozess erschütterte Teile der Öffentlichkeit, die DDR wühlte in der westdeutschen faschistischen Suppe mit ihrem "Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik und in Westberlin" (Berlin 1965) und anderen Enthüllungen. Wer es wissen wollte – und es nicht als kommunistische Propaganda abtat –, konnte lesen: Der Bonner Staat war den Alliierten und dem großzügigen Wiedereinsatz der braunen Eliten im feinen Beamtenzwirn, unter den Richtertalaren und im grauen Waffenrock geschuldet.

Immerhin konstatiert der damalige Erlass: "In der Geschichte nehmen alle Menschen teil an Glück und Verdienst wie an Verhängnis und Schuld. Diese Einsicht schützt vor einfältiger Bewunderung ebenso wie vor blinder Verkennung. Sie öffnet die Augen für den Reichtum der Tradition, macht tolerant, bescheiden und zugleich mutig, selber Tradition zu bilden." Eine solche Sicht solle – als sehr indirekte Anspielung auf die Zeit des Faschismus – überhöhten Nationalismus und Gehorsam ausschließen und die Freiheit des Soldaten, gegen Willkür und Terror Widerstand zu leisten, hervorheben. "Der Bruch des Eides durch den Dienstherrn rechtfertigt Widerstand aus Verantwortung. Widerstand kann und darf jedoch nicht zum Prinzip werden." Letztlich werden damit die Attentäter des 20. Juli 1944 zum positiven Bezug der Bundeswehr. Dass die Wehrmacht 1945 zwar nicht zur "verbrecherischen Organisation" wie die SS erklärt wurde, sondern nur verboten wurde, bewegte wenig. Das Stichwort "Wehrmacht" scheint bei einer nicht offiziellen, aber offensichtlich tolerierbaren und anempfohlenen Traditionsarbeit der Truppe möglich zu sein.

In einer neuen Regierungskonstellation der noch sozialliberalen Koalition und nach den

auführenden Jahren der Studentenbewegung lässt Georg Leber als SPD-Verteidigungsminister noch einmal nachschärfen, aber lässt mehr als Hintertürchen offen: "Die Geschichte deutscher Streitkräfte hat sich nicht ohne tiefe Einbrüche entwickelt. In den Nationalsozialismus waren Streitkräfte teils schuldhaft verstrickt, teils wurden sie schuldlos missbraucht. Ein Unrechtsregime, wie das Dritte Reich, kann Tradition nicht begründen."

Der gerade auf ihrem Höhepunkt befindlichen Friedensbewegung gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluss genügt das nicht. Noch ist auch allen die Rudel-Affäre im Gedächtnis, bei der der erfolgreiche Kampfflieger Hans-Ulrich Rudel, höchstdekoriert und offener Neonazi, 1976 zu einer Traditionsfeier der Luftwaffe eingeladen wurde. Das kostete nach einem öffentlichen Aufschrei mühselig den verantwortlichen Generalen den Job. Jedenfalls waren verstärkt die faschistischen Verstrickungen auch der Wehrmacht als Vorbild der Bundeswehr in der Diskussion. In den späteren Jahren, nicht zuletzt unter dem Eindruck der beiden großen Wehrmachtsausstellungen (1995, 2001), wurde – bei allen berechtigten wie auch reaktionären Kontroversen – klarer, dass die Wehrmacht mit Schuld beladen und für zahlreiche Verbrechen verantwortlich oder mitverantwortlich war. Den sauberen Wehrmachtssoldaten hatte es nie gegeben.

*Über den Autor: Dr. sc. **Stefan Bollinger** arbeitet zur Geschichte der DDR und der BRD, zur osteuropäischen Ge-schich-te und zu den Zusammenhängen von Ideologie- und Politikgeschichte. Er ist Autor vieler Bücher und Publikationen. Sein letztes Buch "Die Russen kommen! Wie umgehen mit dem Ukrainekrieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen" erschien im Jahr 2022.*

\* \* \*

## **Kiews Psyop-Zentren dominieren öffentliche Meinung Polens**

<https://dert.site/international/215957-kiews-psyop-zentren-dominieren-oeffentliche/>

18.08.2024

**Der Informationskrieg zwischen West und Ost wird verschärft durch militärisch organisierte Propaganda-Zentren. Sie sind die umsorgten Schoßkinder der NATO-Medienexperten. In der Ukraine gibt es sie reichlich – Polens öffentliche Meinung ist direkt davon betroffen.**

*Von Elem Chintsky*

Der Krieg in der Ukraine wird auf dem Land, im Wasser und in der Luft geführt, erinnert die unabhängige Wochenzeitung *Myśl Polska* in einer ihrer letzten Publikationen. Aber ihr Autor setzt bei diesen Bereichen der Kriegsführung sein Augenmerk auf den wohl wichtigsten: den Informationsbereich. Łukasz Jastrzębski erläutert, dass "diese informationspropagandistische Front" besonders für die polnische Gesellschaft entscheidend ist.

Die essenzielle Kernaussage Jastrzębskis über den polnischen Systemmedien-Alltag ist in diesen Worten am besten verdichtet:

*"Die Medien informieren uns ständig darüber, dass die russische Seite desinformiert und lügt. Die andere Seite hingegen sei so wahrhaftig wie eine geweihte Jungfrau. Das ist natürlich eine Mogelpackung für Leichtgläubige. Die Wahrheit ist, dass beide Seiten verständlicherweise Informationen manipulieren. Wir jedoch sind aufgrund unserer strategischen Lage für den Westen, der militärisch-wirtschaftlichen Bündnisse, in denen wir uns befinden, des Eigentums an den Medien in unserem Land und der allgegenwärtigen Russophobie praktisch nur dem Einfluss einer einseitigen proukrainischen Erzählung (Propaganda) ausgesetzt."*

Das Problem ist, dass diese "Einseitigkeit der Deutungshoheit" genau die Ausgangslage eines

Durchschnittspolens ausmacht – obwohl sie extrem am Diktat der NATO und EU ausgerichtet ist, wird sie als "neutrale, ausgewogene und sorgfältig ausbalancierte Position" ausgegeben. Die psychologischen Operationen der ukrainischen Streitkräfte tragen stark zu den dann in Polen selbst weiter verwerteten proukrainischen Narrativen bei.

Eine dieser psychologischen Operationen war das vermeintliche "Massaker von Butscha" bei Kiew (März 2022), das sich laut den Ukrainern die Russen zuschulden kommen ließen. Von Anfang an konnte man – trotz der kreischenden Hysterie der Massenmedien – didaktisch genügend Sollbruchstellen in der offiziell präsentierten Erzählung, samt ihrer Bilder, finden. Damit beschäftigten sich seinerzeit der mittlerweile von den Ukrainern ermordete US-amerikanische Journalist Gonzalo Lira sowie der französische Reporter Adrien Bocquet, der vor Ort war und die Organisation dieser Täuschung aus erster Hand bezeugte. Unter anderem seine Aussagen stellen die Wahrhaftigkeit der in dieser psychologischen Operation der Ukrainer suggerierten Vorkommnisse dramatisch infrage. Der ukrainischen Darstellung steht die Vermutung gegenüber, dass das Kiewer Regime in Butscha eine Inszenierung schuf, die vor allem einer Diskreditierung der Russen in den Augen der zu dem Zeitpunkt ganz besonders anfälligen, westlichen Öffentlichkeit dienen sollte. Die ukrainischen Abteilungen für psychologische Operationen wurden von hochrangigen und mit den Westmedien eng verbundenen NATO-Spezialisten – vor allem von Briten und US-Amerikanern – ausgebildet.

Mit Bedauern stellt Jastrzębski fest, dass "viele Monate lang die von den Medien gelieferten Informationen von meinen Landsleuten meist unreflektiert als offenkundige Wahrheit akzeptiert wurden".

"Selbst wenn es sich um so bizarre Dinge wie den Abschuss einer Drohne mit Essiggurken handelte", fügte er hinzu. Mittlerweile sei man etwas vorsichtiger geworden, aber von einer vernünftigen Medienversiertheit, die auf kritischem und analytischem Denken basiere, sei man noch weit weg. Zudem sieht der Journalist dadurch eine pathologische Vernachlässigung der eigenen Staatsräson ermöglicht – die eigentlich wichtigen, nationalen Interessen Polens werden so verschleiert und verzerrt.

Wo sind aber diese ominösen Zentren der Bewusstseinskontrolle konkret? Die von der *Myśl Polska* herangezogenen Daten des polnischen Fachjournals *Nowa Technika Wojskowa* (zu Deutsch: Neue Militärtechnik) stellt sie offen vor: Zum einen das 72. Zentrum für informationspsychologische Operationen in der Ortschaft Browary, Region Kiew. Zum anderen das 74. Zentrum für informationspsychologische Operationen in Lwow. Wobei das 83. Zentrum für informationspsychologische Operationen in Odessa zusammen mit dem Lwower Zentrum konkret die Aufgabe erfüllt, Informationen zu sammeln, zu analysieren und als Propaganda zu verbreiten sowie gewünschte Reaktionen auf politische und militärische Ereignisse zu entwickeln. Zu guter Letzt sei das 16. Zentrum für informationspsychologische Operationen in der Siedlung Hujwa, Region Schitomir, zu nennen – mit ungefähr denselben Zielsetzungen und Projekten.

Bei jedem dieser Zentren handelt es sich allgemein um Einheiten für sogenannte "informationelle und psychologische Operationen" – oder IPSO. Im Russischen ist der Begriff bekannt als ИПСО oder "информационно-психологическая специальная операция", auf Deutsch: "Informationspsychologische Spezialoperation". Im russischsprachigen Telegram und anderen sozialen Medien wird eben mit "IPSO/ИПСО" jedes Narrativ bezeichnet, das Anzeichen von strategisch platzierter Propaganda, gewollter, aber verdeckter Unaufrichtigkeit oder Manipulation aufweist. Sie sind eine entscheidende Komponente der ukrainischen Spezialeinheiten im Krieg gegen Russland sowie im Krieg um die Wahrnehmungen innerhalb der kriegerischen Konfrontation mit Russland – zu diesen Räumen gehört auch die polnische, aber natürlich auch die deutsche Gesellschaft. Auch die Causa Kursk ist ein aktuelles Beispiel einer solchen psychologischen

Operation, in der anhand der anfänglichen Unklarheit über das Geschehene verschiedene proukrainische Narrative an Mann gebracht werden konnten, um eine zumindest vorübergehende Deutungsdominanz zu erlangen.

Die *Myśl Polska* zitiert die von der *Nowa Technika Wojskowa* im Jahr 2023 getätigte Aussage über die Basis der ukrainischen Operationsfähigkeit im Bereich der kognitiven Kriegsführung:

*"Es ist bekannt, dass die direkte Hilfe bei der Organisation der Arbeit der IPSO-Zentren in der Praxis ständig von Spezialisten der amerikanischen 4th Information and Psychological Operations Group und der britischen 77th Information Branch Brigade geleistet wurde."*

Es muss also gar nicht spekuliert werden, ob die ukrainischen Streitkräfte ihre Propaganda ganz allein auf effektivem Niveau halten.

Schließlich macht der Autor Jastrzębski aufmerksam auf das ironische Paradoxon, dass noch immer viele seiner Landsleute sich von den "selbst ernannten Inquisitoren" der inländischen NATO-Medien einschüchtern lassen, wer genau ein "russischer Troll", "russischer Desinformant" oder "nützlicher Idiot des Kremls" sei. Sind doch die allermeisten dieser systemischen und NATO-konformen Anfechter von gemäßigten oder prorussischen Positionen innerhalb Polens oft selber "Stipendiaten oder Angestellte einer Institution, die von Soros-Stiftungen und anderen westlichen NGOs gesponsert wird".

Zusammengefasst heißt das: Der paramilitärische Begriff "IPSO" wurde besonders nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine im Jahr 2022 weitverbreitet. Unter diese Abkürzung fallen alle Arten von taktisch konstruierten "Informationsabwürfen" und "Datenlecks", die durchaus von allen Seiten des Konflikts gemacht werden, um den Feind zu verwirren, falsch zu informieren und zu demoralisieren. Das Wort "psychologisch" ist hierbei Hauptprogramm: "IPSOs" werden in erster Linie durchgeführt, um beim Gegner eine bestimmte psychologische Stimmung zu erzeugen. Wobei der Gegner nicht nur der Soldat aus der verfeindeten Armee im Schützengraben gegenüber ist. Der Gegner bin ich. Der Gegner seid ihr. Der Gegner sind ganze Gesellschaften, aber auch der einzelne Steuerzahler und seine Mutter aus dem jeweils entgegengesetzten System.

*Elem Chintsky ist ein deutsch-polnischer Journalist, der zu geopolitischen, historischen, finanziellen und kulturellen Themen schreibt. Die fruchtbare Zusammenarbeit mit RT DE besteht seit 2017. Seit Anfang 2020 lebt und arbeitet der freischaffende Autor im russischen Sankt Petersburg. Der ursprünglich als Filmregisseur und Drehbuchautor ausgebildete Chintsky betreibt außerdem einen eigenen Telegram-Kanal, auf dem man noch mehr von ihm lesen kann.*

\* \* \*

## "Trendwaffe Messer?" – Fünf Tage, fünf Messer-Ereignisse mit Verletzten und Toten in Deutschland

<https://dert.site/inland/216110-fuenf-tage-fuenf-messer-ereignisse/>

19.08.2024

**Das Magazin Der Spiegel erklärt mit der fragenden Formulierung "Trendwaffe Messer?", dass "rund 90 Prozent der schweren Gewalttaten" in Deutschland "mit anderen Waffen begangen" werden. Das stetige Unsicherheitsgefühl der Bürger wird damit nur bedingt gelindert.**

*Von Joseph Turner*

Der Aufmacher eines aktuellen *Spiegel*-Artikels mit der Überschrift: "Kriminalität in Deutschland – Der Fokus auf das Messer hilft im Kampf gegen Gewalt nicht weiter" (Bezahlschranke), bezieht sich unter anderem auf eine *Bild*-Schlagzeile vom 14. August. Diese lautete:

*"Das Protokoll – 72 Stunden Messer-Gewalt in Deutschland"*

Der *Bild*-Artikel listet nüchtern darlegend 13 "Messer-Ereignisse" und umschreibt die jeweiligen Auswirkungen der Tatereignisse mit insgesamt 14 verletzten Beteiligten.

Im "*Spiegel*-Leitartikel" von Philipp Kollenbroich heißt es einleitend, den roten Faden des Artikels vorgehend:

*"Messer, Messer, überall Messer. Den politisch-medialen Diskurs in Deutschland hat eine regelrechte Obsession mit Stichwaffen erfasst."*

"Obsession" oder journalistische Informationspflicht zu mittlerweile annähernd täglichen Ereignissen und Polizeiberichten quer durch die Bundesländer? Herr Kollenbroich schreibt von "exzessiver Berichterstattung über einzelne Tötungsdelikte mit Messern", um argumentativ zu behaupten, dass dies "mit der Realität wenig bis gar nichts zu tun hat", da "nach jahrelangen, historischen Rückgängen Deutschland seit 2022 einen Anstieg von Gewalttaten insgesamt verzeichnet."

Also alles reine Panikmache zum Thema vollkommen überbewerteter Aktivitäten zweier Gruppen – der "Hobbyköche mit ihrer fetischhaften Freude an japanischen Fleischmessern, die dreistellige Beträge kosten"; und der "Wütenden, Verunsicherten, die nur klarzukommen meinen, wenn sie das Haus mit einer Stahlklinge verlassen."

So allen Ernstes präsentiert von *Spiegel*-Chefredakteur Dirk Kurbjuweit in einer Analyse vom 18. August.

[Screenshot]

Die sich seit Monaten forcierende Berichterstattung ergibt in der schnellen und unkomplizierten Google-Recherche für die letzten fünf Tage oberflächlich für jeden Tag einen "Messer-Vorfall", dies in Verbindung mit mehreren teils schwerverletzten Opfern und bis dato zwei Toten. Chronologisch seit dem 14. August:

- *WDR-Lokalzeit*: In Gelsenkirchen ist eine Frau durch Messerstiche getötet worden;
- *RND*: Mordkommission ermittelt bei Paderborn – 13-Jähriger attackiert 14-Jährigen:

Jugendlicher lebensgefährlich verletzt;

- *Nordkurier*: Pasewalk: 40-jähriger Mann mit Messer angegriffen und verletzt;
- *Lippische Wochenzeitung*: Fieser Angriff mit Messer in Bielefeld: 21-Jähriger lebensgefährlich verletzt;
- *BR24*: Mann stirbt in Schwabach auf offener Straße an Stichverletzungen.

Die "exzessive Berichterstattung" über Messertaten wird mittlerweile auch über die *ARD-Tagesschau* gefüttert. So musste die Redaktion wohl oder übel bereits am 6. August bestätigend darüber informieren, dass in der Hauptstadt die "Zahl der Patienten mit Stichverletzungen deutlich ansteigt", aber nicht, weil sich die *Bild*-Redaktion in Berlin befindet, sondern da "Charité-Mediziner Alarm schlagen" und die werden es wohl ja durch ihre tägliche Arbeit wissen.

"Die Debatte über Messergewalt ist nicht neu", weiß Herr Kollenbroich vom Spiegel, um statistisch seine Argumentationslinie mit der Information zu untermauern, dass "in Deutschland immer weniger Menschen an Messergewalt sterben", da von "2009 bis 2023 die Statistik einen Rückgang von 0,2 auf 0,15 Todesfälle pro 100.000 Einwohner" belegt. Sind die Alarmsignale der Charité-Mediziner also unangebrachtes Sirenengeheul?

Herr Kollenbroich präsentiert eine weitere Statistik zum Thema: "Registrierte Kriminalität in Berlin". Diese besagt demnach:

*"Während die absoluten Werte rauf- und runtergehen, bleibt der Anteil der Messertaten bei den einzelnen Delikten weitgehend konstant. Bei der schweren und gefährlichen Körperverletzung liegt er zwischen 6,1 Prozent (im Jahr 2013) und 8,4 Prozent (2018), beim Raub zwischen 14,7 Prozent (2015) und 18,0 Prozent (2017)."*

Berlins Innensenatorin Iris Spranger (SPD) teilte dem *Tagesspiegel* im März mit, dass im Jahr 2022 "bei den 3.500 Straftaten, bei denen Messer zum Einsatz kamen, jeder Dritte der 4.528 Verdächtigen unter 21 Jahre alt gewesen sei."

Die *Berliner Zeitung* titelte am 13. August (Bezahlschranke):

*"Berliner über Messergewalt: 'Wir können unsere Kinder nicht mehr zum Spielen hinausschicken.'"*

Der Artikel verrät, dass es am Wochenende des 10. und 11. August "allein drei Messerattacken in Berlin gab." Herr Kollenbroich möchte derweil in seinem Artikel etwas Philosophisches mit auf den Weg geben:

*"Die Zahl der Messerdelikte steigt, und zwar im Gleichschritt mit Gewaltdelikten insgesamt – ähnlich einem Schiff im Hafen, das ebenfalls nach oben geht, wenn die Flut kommt. Das Waffenrecht für Messer zu verschärfen, die Verbreitung und den Verkauf zu beschränken, wäre daher richtig."*

Bundesinnenministerin Nancy Faeser solle jetzt endlich ruhig aktiv werden. Das empfiehlt auch der *Spiegel*-Chefredakteur, denn:

*"Es macht einen riesigen Unterschied, ob bei einem Streit, der jäh ausbricht, ein Messer zur Hand ist oder nicht. Deshalb liegt Bundesinnenministerin Nancy Faeser richtig, wenn sie verbieten will, dass man Klingen über sechs Zentimeter Länge in der Öffentlichkeit mit sich trägt. Der Umgang mit Springmessern soll komplett verboten werden. Ein solches Gesetz kann nicht alle Probleme lösen, aber es lohnt sich für die geretteten Leben."*

Und beendet vor allem endgültig die nervige und überflüssige "exzessive Berichterstattung über einzelne Tötungsdelikte mit Messern". Der Fernglasblick aus dem journalistischen Elfenbeinturm, samt belehrender Lebenstipps, wird soweit nicht zu verhindern sein. Besorgte, betroffene und verunsicherte Bürger orientieren sich lebensnaher an der bedauerlichen Berichterstattung von Realitäten, auch wenn diese wenig erbaulich bei der *Bild* gewohnt knallhart zum jüngsten Ereignis in Schwabach lautet:

*"Mann tot, Frau verletzt: Großfahndung nach Messer-Killer in Bayern"*

\* \* \*

## **Vereinigte Staaten bereiten eine Militärintervention gegen Russland vor**

<https://dert.site/nordamerika/216423-vereinigte-staaten-bereiten-militaerintervention-gegen/>

21.08.2024

**Was Russland betrifft, so bedeuten die Vorzeichen des kommenden Führungswechsels in den USA nichts Gutes. In Moskau gibt man sich keinen Illusionen hin – die konfrontative und aggressive Politik Washingtons dürfte sich in jedem Falle fortsetzen. Unter Kamala Harris könnte es sogar bis zum Äußersten kommen.**

*Von Kirill Strelnikow*

Der erste Tag des Parteitags der US-Demokraten hat viele fette Punkte über das "i" gesetzt – genug, um deutlich zu machen, woran sich Russland orientieren sollte, wenn die derzeitige Vizepräsidentin Kamala Harris die nächste Präsidentin der Vereinigten Staaten wird.

Am ersten Tag des Parteitags der Demokraten war man vor allem gespannt darauf, wie die "Karabasse-Barabasse" [Anspielung auf den Puppenspieler Karabas-Barabas in "Das goldene Schlüsselchen oder die Abenteuer des Burattino", der russischen Adaption von "Pinocchio" durch Alexei Tolstoi aus dem Jahr 1936], die hinter den Kulissen die Fäden ziehen, den Skandal um Joe Bidens praktisch erzwungenen Rückzug aus dem Präsidentschaftsrennen in einem "Palastputsch" aufarbeiten würden und wie sich die künftige Politik von Kamala Harris von der des Amtsinhabers unterscheiden würde (oder vielmehr von der derjenigen, die seinen Teleprompter bedienen und ihm sagen, wann er seine Medikamente nehmen soll).

Bidens Rede, die den Höhepunkt des ersten Kongresstages darstellte, zeigte, dass die "Brutus"-Demokraten, die ihm in den Rücken gefallen waren, ein Angebot gemacht hatten, das er nicht ablehnen konnte – und er segnete Harris pflichtschuldigst für das Königsamt, was bei den Demokraten einen gewaltigen Seufzer der Erleichterung auslöste.

Vor allem aber war Bidens Rede eine Art politisches Testament, in dem er ausführlich über seine Errungenschaften sprach und dann seine Zuversicht zum Ausdruck brachte, dass die "neue, jüngere Generation" (in der Person der 59-jährigen Harris), der er selbstlos den Weg freigemacht hatte, weiterhin stolz das Banner des amerikanischen Exzeptionalismus tragen werde.

Biden erklärte unverblümt, dass Harris alles fortsetzen wird, was das Tandem in den "vier erstaunlichen Jahren" gemeinsam getan hat, einschließlich der internationalen Politik und natürlich der Beziehungen zu Russland.

Bezeichnenderweise erwähnte Biden in seiner Rede auf einem ähnlichen Parteitag der Demokraten im Jahr 2020, als er selbst Präsidentschaftskandidat war, Russland nur ein einziges Mal. In seiner wahrscheinlich letzten Grundsatzrede widmete Sleepy Joe einen großen Teil seiner Ausführungen

Russland. Darin forderte er Harris und den Rest Amerikas auf, Russland bis zum Ende zu bekämpfen.

Biden zitierte insbesondere die Worte des berühmten amerikanischen Politikers Henry Kissinger: "Europa hat seit der Zeit Napoleon Bonapartes im 19. Jahrhundert nie ohne Besorgnis auf Russland geblickt." Darüber hinaus bezeichnete er als eine seiner wichtigsten Errungenschaften, die NATO gegen die "russische Aggression" zu mobilisieren und die Ukraine zu unterstützen, und betonte, dass Kamala Harris "sich niemals vor Putin und Russland beugen wird."

In Anbetracht der Tatsache, dass Biden ein überzeugter Russophobiker und ein Befürworter der verstärkten Konfrontation mit Russland war (siehe seine offenen Drohungen gegen Nord Stream, die auch umgesetzt wurden, und die beispiellose Militär- und Wirtschaftshilfe für die Ukraine), bedeutet Joes "Vermächtnis", dass Kamala Harris, die bereits eine harte antirussische Haltung eingenommen hat, im Falle ihrer Wahl zur Präsidentin das Tachometer der Konfrontation mit Russland definitiv in den roten Bereich drehen wird.

Und es geht dabei nicht um Kamala Harris.

"Goldmund" Kamala wurde von den Puppenspielern des "tiefen Staates" ausgewählt, weil sie der perfekte Honigtopf ist: Was reingeht, kommt auch genauso wieder heraus, und sie selbst ist leer.

Nach Angaben von Personen, die Harris' "innerem Umfeld" nahestehen, "reist sie auf den Gebieten Verteidigung und Internationales ganz ohne jedes Gepäck, sodass sie vollkommen von ihren Beratern abhängig ist, wenn sie etwas zu diesem Thema sagen muss".

Wir erinnern daran, dass Kamala Harris, die sich bislang gegenüber Biden zurückgehalten hatte, wiederholt ihre Position zu Russland und zum Konflikt in der Ukraine zum Besten gegeben hat. Insbesondere hat sie sich sechsmal persönlich mit dem Möchtegern- und Nicht-mehr-Präsidenten Selenskij getroffen und die USA bei großen antirussischen Treffen wie der Münchner NATO-Konferenz oder der "Sicherheitskonferenz" in der Schweiz vertreten, wo sie ihre "unerschütterliche Unterstützung" für Kiew erklärte, "so lange es nötig ist". Außerdem beschuldigte sie Russland und Präsident Putin persönlich wiederholt aller möglichen Sünden und Verbrechen (einschließlich des Todes von Nawalny) und drohte mit "Rechenschaftspflicht und Konsequenzen". Interessanterweise sprach sich Harris für "vorsorgliche" antirussische Sanktionen aus, das heißt Sanktionen nicht als Strafe für irgendwelche antiamerikanischen Sünden, sondern bloß für alle Fälle.

Sollte Harris zur Präsidentin aufsteigen, werden die Rolle und der Einfluss ihrer Berater in Verteidigungs- und internationalen Angelegenheiten sprunghaft ansteigen. Dann wird es interessant sein zu sehen, wer sich tatsächlich für die talentierte Kamala Harris um Fragen von Krieg und Frieden kümmern wird.

Einigen Berichten zufolge sind ein Philip Gordon und eine Rebecca Lissner Harris' wichtigste Berater für "Verteidigung und internationale Angelegenheiten". Gordon arbeitete als nationaler Sicherheitsberater unter Clinton und Obama, das heißt, er ist ein systemischer Atlantiker und Russophobiker mit Wurzeln in der Politik des Kalten Krieges. Was Rebecca Lissner betrifft, so war diese sehr aktiv an der Entwicklung der "Nationalen Sicherheitsstrategie der Vereinigten Staaten" beteiligt, die zu Beginn von Bidens aktueller Amtszeit veröffentlicht wurde.

Was hält Frau Lissner im Rahmen dieser Strategie von Russland? Dies: "Russland stellt eine direkte Bedrohung für ein freies und offenes internationales System dar, indem es die grundlegenden Gesetze der internationalen Ordnung missachtet." In einem ihrer Bücher (die Dame ist auch eine äußerst produktive Schriftstellerin) stellt sie fest, dass "Russlands Stellvertreterkrieg in der Ukraine

bereits gezeigt hat, dass es sowohl den Willen als auch die Fähigkeit hat, die USA in einer Grauzone herauszufordern, während den USA noch die Fähigkeit zu einer (entscheidenden) Antwort fehlt". In einem anderen kleinen Buch mit dem Titel "Wars of Revelation" (Offenbarungskriege) lüftet Lissner im Wesentlichen den Schleier über der künftigen internationalen Politik von Kamala Harris (da sie diejenige ist, die die Papiere für sie schreiben wird).

Ein bezeichnender Gedanke lautet: "Ein Überdenken der Großen Strategie der USA ist im Zusammenhang mit dem laufenden Krieg in der Ukraine und den zunehmenden Spannungen mit China von entscheidender Bedeutung. In der Vergangenheit haben militärische Interventionen eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Großen Strategie der USA gespielt."

Falls irgendjemand Zweifel daran hatte, was mit den amerikanisch-russischen Beziehungen im Falle einer Präsidentschaft von Harris geschehen würde – lesen Sie die obigen Zitate noch ein paar Mal in aller Ruhe durch.

Für Russland bedeutet dies nur eines: Die amerikanischen Eliten, unabhängig von ihrer Partezugehörigkeit, betrachten Russland als ihre Hauptbedrohung, die unbedingt mit allen Mitteln, einschließlich einer militärischen Intervention oder eines Präventivschlags, beseitigt werden muss.

Einige Menschen müssen sich von der Vorstellung verabschieden, dass sich alles beruhigen und zur Normalität zurückkehren wird: Es wird sich nicht beruhigen und die Normalität wird nicht zurückkehren. Wir müssen begreifen, dass dieser Konflikt kein Zufall ist und wir uns an einem Wendepunkt der Geschichte befinden, an dem die Frage beantwortet werden muss: wir oder sie.

Für Russland liegt die Antwort auf der Hand. Wir müssen also unsere gesamte Politik und unsere konkreten Maßnahmen auf die Annahme stützen, dass wir unter allen westlichen Präsidenten, Kanzlern, Vorsitzenden und Sekretären einfach stark, geeint und ehrlich sein müssen ("Man kann sich irren, aber man darf nicht lügen" – erinnern Sie sich? [Anspielung auf den gleichlautenden Ausspruch des neuen russischen Verteidigungsministers Andrei Beloussow vom Mai 2024]), sonst wird Bidens ominöses Testament wahr.

*Übersetzt aus dem Russischen.*

\* \* \*

## **Donbass: Befreiung von New York eröffnet Russlands Armee Weg nach Westen**

<https://dert.site/international/216514-befreiung-von-new-york-eroeffnet/>

22.08.2024

**In der Donezker Volksrepublik haben Russlands Streitkräfte die Siedlung Nowogorodskoje, besser bekannt als New York, befreit. Die Befreiung des großen Ortes mit mehreren Industriekomplexen und einem Bahnhof nahm nur eineinhalb Monate in Anspruch und hat eine große strategische Bedeutung.**

*Von Jewgeni Krutikow*

Die Donbass-Siedlung mit dem Namen New York ist von protestantischen Mennoniten noch unter der russischen Kaiserin Katharina der Großen gegründet worden. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat der Name keinen Bezug zur größten Stadt der USA, sondern verweist auf die Gemeinde Jork in Niedersachsen, aus der ein Teil der Siedler ursprünglich stammte.

Bereits nach dem Zweiten Weltkrieg und der Deportation der einheimischen Deutschen in den Fernen Osten wurde die Siedlung in Nowogorodskoje umbenannt. Den Namen New York erhielt sie unter dem ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko zurück, um US-Investitionen anzuziehen.

Die Investitionen kamen nicht, doch das Symbol blieb erhalten. In Donezk kursiert der scherzhafte Vorschlag, eine Gedenkmedaille "Für die Befreiung von New York" herauszugeben. Bisher fand diese Initiative allerdings keine Unterstützung, und die Tendenz, den befreiten Orten sowjetische Namen zurückzugeben, legt nahe, dass es bald kein New York mehr geben wird, sondern nur Nowogorodskoje.

Doch auch wenn Nowogorodskoje befreit wurde, war es New York, das gestürmt wurde. Es kann derweil also gerne New York bleiben, um die wichtigste außenpolitische Schlussfolgerung aus dieser ganzen Geschichte zu betonen:

*"Die Einnahme New Yorks durch Russlands Armee ist eine konsequente Folge der Präsidentschaft von Joe Biden."*

Die Operation begann am 2. Juli mit einem Vorstoß auf vier Kilometer in die Tiefe des Wohngebiets von New York. Am 20. August wurde endgültig die Phenolfabrik gesäubert – der ortsbildende Betrieb, wo das ukrainische Militär bis zuletzt versuchte, eine Verteidigung zu organisieren, wie es in jedem größeren Ort mit einem Industriegebiet geschehen war.

Die ukrainische Verteidigung im Umland von Donezk (zwischen Nowogorodskoje und der Republikhauptstadt liegen etwa 70 Kilometer) baute auf mehreren "Festungen" auf, zu denen zehn Jahre lang die Industriezentren der Region umgebaut wurden. Kiew hatte vor, sie auch als Stützpunkte für eine Offensive gegen Donezk zu nutzen, was zur Bildung eines spezifischen Systems von Transportknoten führte.

Der Ballungsraum von Dserschinsk (ukrainisch: Torezk), zu dem auch New York gehört, ist die letzte derartige "Festung". Die Entfernungen zwischen den Siedlungen in dieser Zone sind klein, an manchen Stellen sind die Orte zusammengewachsen und es hat sich eine durchgehend bebaute Zone gebildet, in der es schwer ist zu manövrieren.

Zwischen den Vororten von Dserschinsk (Torezk) und New York liegen verlassenen Minen, deren alte Halden und einige überflutete Tagebaugruben. All das wurde von der Front mit mehreren Betonbunkern gedeckt, von denen sich ein Teil gerade auf die Halden und sonstige künstliche Anhöhen stützte.

Dieser Stützpunkt war für die gesamte Infrastruktur des ukrainischen Militärs am Donezker Frontabschnitt besonders wichtig, sogar wichtiger als Awdejewka.

Zunächst war New York und der Dserschinsker Ballungsraum vom ukrainischen Militär als großer Transportknoten genutzt worden. Später übernahm diese Funktion die Stadt Konstantinowka, die an der Eisenbahnlinie nördlich von New York liegt.

Grundsätzlich bestand der ganze Sinn der Verteidigung von New York und des Ballungsraums von Torezk gerade darin, dass diese Stellung einen südlichen Schild für Konstantinowka bildete – den Hauptort für Versorgung, Transit und Aufstellung der gesamten ukrainischen Heeresgruppe von Tschassow Jar bis Krasnoarmeisk (Pokrowsk).

Nun gibt es diesen Schild nicht mehr. Die Straße von Krasnoarmeisk über Konstantinowka nach

Artjomowsk ist die Hauptroute zur Versorgung der ukrainischen Truppen in Tschassow Jar. Auf diesem Transportkorridor baut sich die gesamte ukrainische Verteidigung auf einem riesigen Gelände auf. Doch am westlichsten Punkt dieses Raumes stehen Russlands Streitkräfte bereits dicht vor Krasnoarmeisk, und in der Mitte wird Konstantinowka – der wichtigste Verteidigungs- und Versorgungsknoten – bedroht.

Somit wird mit der Befreiung von New York und der anstehenden Befreiung des gesamten Torezker Ballungsraums erstmals seit Langem nicht nur die Möglichkeit eines taktischen Durchbrechens der ukrainischen Front, sondern die Möglichkeit ihres Zusammenbruchs geschaffen.

Wenn sich russische Truppen Konstantinowka nähern und die Straße unter ihre Feuerkontrolle nehmen, wird das ukrainische Militär die Möglichkeit verlieren, seinen Truppenverband in Tschassow Jar zu versorgen. Als einzige Stützpunkte am ganzen Donezker Frontabschnitt würden in diesem Fall die vergleichsweise entfernten Städte Kramatorsk und Slawjansk verbleiben.

Gerade das ist ein "Zusammenbruch der Front", der sich nach der Befreiung von Awdejewka ereignet hatte, allerdings in einem größeren Maßstab.

Die Strategie des russischen Generalstabs besteht allem Anschein nach in mehreren Angriffen an unterschiedlichen Abschnitten, die einander ergänzen und synergetisch einen Dominoeffekt erzeugen.

Parallel zu den Entwicklungen in New York wurde die forcierte Erstürmung von Tschassow Jar durch drei Luftlandedivisionen aufgehalten. Denn die Operation gegen den Torezker Ballungsraum schuf Voraussetzungen, die ukrainische Gruppierung in Tschassow Jar wenn schon nicht zu umzingeln, so doch zumindest teilweise zu isolieren und sie von der Versorgung abzuschneiden.

Zwischen New York und Konstantinowka gibt es keine größeren Stützpunkte, nur noch eine Reihe von Siedlungen in der Nähe von Eisenbahnstationen. Russlands Streitkräfte haben gut gelernt, solche Hindernisse zu überwinden, was die Ereignisse westlich von Otscheretino zeigen. Dort verlief die Offensive ursprünglich entlang der Eisenbahnlinie, zumal die Gleise in diesem Gebiet auf natürlichen Hügeln oder Dämmen verlegt sind, was sie zu einer einzigartigen Feuerstellung auf flachem Gelände macht.

Die Befreiung von New York zeigte, dass das ukrainische Militär nicht mehr in der Lage ist, größere Orte monatelang zu verteidigen. Genauso stellte sich im Frühling nach der Einnahme von Otscheretino plötzlich heraus, dass sich Kiews Truppen auch im freien Feld nicht halten können. Im Westen von Otscheretino beträgt das Vormarschtempo der russischen Truppen bereits seit Monaten mehrere Kilometer pro Tag und ermöglichte, die Hauptziele Krasnoarmeisk (Pokrowsk) und Selidowo zu erreichen.

Freilich ließ das hauptsächlich aus Einfamilienhäusern bestehende New York dem ukrainischen Militär weniger Chancen, sich irgendwo festzusetzen, wie es in Artjomowsk (Bachmut) der Fall war. Dennoch versuchten Kiews Truppen, im zentralen Teil der Stadt zum Gegenangriff überzugehen. Allerdings scheiterte der Versuch, die Phenolfabrik zu befestigen, obwohl im letzten Moment Verstärkungen sogar von den Frontabschnitten Charkow und Sumy nach New York verlegt wurden.

Für alle Frontabschnitte reichen die Reserven offenbar nicht aus, trotz ständiger Beteuerungen, dass das ukrainische Militär angeblich noch irgendwo zwölf Brigaden, darunter sechs "schwere", mit Leopard-Panzern ausgerüstete Brigaden, in petto habe.

Noch während der Planungsphase hatte das ukrainische Militär einen Fehler gemacht. Die "Festung" des Ballungsraums von Dserschinsk war im Jahr 2015 mit der Frontseite nach Gorlowka und Donezk gebaut worden. Kiew konnte nicht vermuten, dass Awdejewka früher fallen würde, und dass Russlands Streitkräfte nach der Befreiung von Awdejewka fast ununterbrochen 100 Kilometer nach Westen vorstoßen würden.

Schließlich kamen russische Truppen an New York von Süden heran, und die wichtigsten Verteidigungsstellungen des ukrainischen Militärs in den Vororten von Dserschinsk (Torezk) wurden zur Hälfte eingekesselt.

Die Befreiung von New York und der Vormarsch im restlichen Teil des Dserschinsker Ballungsraums wurde zum Ergebnis eben jener Strategie von Angriffen aus unterschiedlichen Richtungen, die Russlands Streitkräfte bereits seit etwa einem Jahr einsetzen.

Einer der Hauptvorteile dieser Strategie ist die Koordination von gleich mehreren voneinander entfernten Truppenverbänden. Auch wenn sie unterschiedliche Stäbe und Kommandeure haben mögen, agiert die Front insgesamt als ein einziger Organismus. Für einen auswärtigen Beobachter ist das nicht immer bemerkbar, denn Tschassow Jar, New York, Dserschinsk und Krasnoarmeisk liegen Dutzende oder Hunderte Kilometer voneinander entfernt. Jedes Ereignis, das der Befreiung von New York gleichkommt, zieht die schwierigsten Folgen für die gesamte ukrainische Verteidigungslinie nach sich. Und niemand hat vor, anzuhalten: Voraus liegt Konstantinowka.

*Übersetzt aus dem Russischen. Zuerst erschienen am 21. August bei Wsgljad.*

\* \* \*

## Meinung

### Strategiewechsel der USA? Das Wall Street Journal und die Ukraine

<https://dert.site/meinung/215770-strategiewechsel-der-usa-das-wall-street-journal-und-die-ukraine/>  
16.08.2024

**Als hätte man mit dem Trump-Attentat und dem ganzen restlichen US-Theater nicht schon genug Durcheinander in diesem Sommer, gibt es nun einen Artikel im Wall Street Journal, hinter dem sich eine ganze Kette möglicher Entwicklungen öffnet.**

*Von Dagmar Henn*

Gestern hatte ich in einem Artikel dargestellt, was es eigentlich hieße, würde die Bundesregierung den Haftbefehl des Generalbundesanwalts zu Nord Stream wirklich ernst nehmen. Und heute erschien ein Artikel im *Wall Street Journal (WSJ)* mit folgendem Zitat von einem (wie üblich nicht näher benannten) "höheren deutschen Beamten, der mit dem Fall vertraut ist":

*"Ein Angriff dieser Größenordnung ist ein ausreichender Grund, den Artikel der kollektiven Verteidigung der NATO auszulösen, aber unsere kritische Infrastruktur wurde von einem Land in die Luft gejagt, das wir mit massiven Waffenlieferungen und Milliarden an Bargeld unterstützen."*

Im ganzen Artikel gibt sich der Autor weidlich Mühe, die Story rund um die "Andromeda" mit Details zu füttern, die auftauchte, nachdem Seymour Hersh die Vereinigten Staaten als Täter ermittelt hatte, und nie ihre Lückenhaftigkeit ablegte.

Das *WSJ*, eine Zeitung, die gerne mal von US-Diensten genutzt wird, erzählt nun eine Geschichte, nach der Wladimir Selenskij und Waleri Saluschny den Plan ausgekocht hätten und die CIA versucht habe, die Ukrainer von dem Plan abzuhalten – woraufhin Selenskij ihn abgebrochen, Saluschny sich aber nicht daran gehalten habe.

Die ersten Pläne zur Pipelinesprengung habe die Ukraine bereits 2014 gemacht, schreibt das *WSJ* unter Berufung auf einen ehemaligen Oberst der SBU Roman Tscherswinski. In einer Auseinandersetzung mit Selenskij nach dem Anschlag habe Saluschny erklärt, man habe die Sabotageeinheit nicht mehr zurückrufen können, da Kommunikationsverbot herrschte.

Das mag glauben, wer will. Aber jetzt muss man noch einige Rahmenbedingungen hinzufügen, die diesen Artikel, der geradezu mit beiden Zeigefingern auf die Ukraine deutet, zu einem Anzeichen für einen Strategiewechsel machen, dessen genaues Ziel noch unklar ist.

Die erste: Die US-Wahlen sind im November. Bis dahin vergehen noch zweieinhalb Monate. Eine Niederlage der Ukraine davor wäre für den Machterhalt der Demokraten äußerst ungünstig.

Die zweite: Die Front in der Ukraine steht vor dem Kollaps. Eine der am Angriff auf Kursk beteiligten Einheiten ist (oder war) die Präsidentengarde; ein typischer Fall einer Truppe, die erst eingesetzt wird, wenn es gar keine anderen Möglichkeiten mehr gibt. Der Überfall in Richtung Kursk war ein Vabanquespiel, das die Niederlage noch abwenden sollte, aber gescheitert ist.

Die dritte: Die EU hängt in ihrer politischen Entwicklung an Deutschland. Die politische Lage in

Deutschland ist instabil. Noch wäre es möglich, die Tendenz in Richtung Deindustrialisierung umzukehren, wenn die Bundesregierung fällt. Also müssen die Risiken bei den drei anstehenden Landtagswahlen gemindert werden. Blicke die jetzige Bundesregierung, würde selbst bei einem Ende des Projekts Ukraine schon allein die Klimaerzählung dafür sorgen, dass die Deindustrialisierung fortgesetzt wird.

Die vierte: Die Deindustrialisierung ist vor allem im Zusammenhang mit einem denkbaren, wahrscheinlichen Schub der Finanzmarktkrise wichtig, da Anlagegüter in unterschiedlichem Maß an Wert verlieren. Finanzanlagen können sich völlig in Luft auflösen, Immobilien verlieren stark, Industrieanlagen verlieren am wenigsten – was zu einer Kräfteverschiebung innerhalb des Westens führen würde, sollte Deutschland seine Industrie halten können. Wenn die Führungsposition der USA erhalten bleiben soll, was das oberste Ziel der US-Strategie ist, muss die Deindustrialisierung weitergehen.

Die fünfte: Was ist gestern auf diesen Flughäfen gelandet, die abgeriegelt wurden? Egal, welche Variante man im ganzen Spektrum ABC-Waffen in den Blick nimmt, es muss auf jeden Fall so illegal gewesen sein, dass eine Landung auf einem US-Flughafen nicht möglich war, weil das aufgrund der stärkeren Auskunftsbestimmungen (wie Informationsfreiheitsgesetz) eine leichter auffindbare Spur hinterlasse. Das Transportgut, sofern die Hypothese dieser Lieferung zutrifft, muss mit glaubwürdiger Abstreitbarkeit, plausible deniability, versehen werden.

Alle Faktoren miteinander fordern entweder einen vollen Einstieg in der Ukraine, offen sichtbar mit der ganzen NATO, oder aber einen Rückzug zumindest aus der militärischen Auseinandersetzung. Dabei wären mehrere Möglichkeiten denkbar. "All in" muss man nicht näher ausführen, auch wenn hierbei die angenommene, unbekannte Fracht eine Rolle spielen könnte; die Geschichte im *WSJ* spricht jedoch eher gegen eine Strategie des "all in". Aber der Rückzug wäre auf verschiedene Weisen möglich.

Die "mildeste": Die Wendung, die mit der Geschichte des *WSJ* eingeleitet werden könnte, zielt nur auf einen Austausch der ukrainischen Regierung mit darauffolgendem Versuch, vor dem Kollaps eine Rumpfukraine zu retten, die in einigen Jahren erneut als Aufmarschbasis genutzt werden könnte.

In dieser Version wäre die gestrige Fracht vermutlich tatsächlich eine vorgezogene Raketenstationierung. Der Vorteil: Gelänge es, den Krieg in der Ukraine stillzulegen, wäre er aus dem Wahlkampf in den USA raus, und die bedrohten bundesdeutschen Parteien könnten Wahlen ohne das Thema Ukraine durchführen, ohne an der bereits etablierten Propaganda etwas ändern zu müssen. Diese Version geht allerdings von einer Verhandlungsbereitschaft von russischer Seite aus, die so nicht vorhanden ist, weil ein Einfrieren des Konflikts inakzeptabel ist.

Variante zwei: Die Fracht dient dazu, diesmal eine False Flag zu lasten der Ukraine durchzuführen, nachdem im Kern die propagandistische Wendung durch das *WSJ* vorbereitet ist – wir haben es gut gemeint, aber es waren schlicht zu viele korrupte, verantwortungslose Leute dort. Die Unterstützung wird zurückgefahren, man versucht, mit Russland zu verhandeln, indem man das anbietet, von dem man ausgeht, dass es es haben will. Es bleibt eine Rumpfukraine, die als kleiner gescheiterter Staat die Landschaft zwischen Polen, Ungarn, Rumänien und Russland bereichert. Durch die empört-moralische Abwendung vom entarteten Staat bleiben die eigenen Narrative in Bezug auf Russland unversehrt und können, falls nötig, langsam und vorsichtig zurückgebaut werden; eine Fortsetzung in diese Richtung wird aber durch die zu inszenierende Untat unterbunden, und die Hände werden frei für China.

Variante drei: Ebenfalls eine False-Flag-Aktion mit ukrainischem Pass daneben, abrupte

Abwendung des gesamten westlichen Blocks, und der Zusammenbruch von Front und Staat werden schlicht hingenommen. Die moralische Empörung über das inszenierte Verbrechen sorgt dafür, dass die faktische Niederlage, die militärisch feststeht, aus der Berichterstattung gestrichen werden kann. Da eine Einstellung der westlichen Hilfe einen sofortigen finanziellen Zusammenbruch des ukrainischen Staates auslösen würde, hätte dann Russland das Problem, sich um die gesamte Ruine zu kümmern, denn von allen Anrainern hätte es die größten Folgen zu tragen, würde sich die Ukraine in ein europäisches Somalia verwandeln.

Vielleicht sollte man in diesem Zusammenhang auch einbeziehen, dass gerade wieder das Seuchenspiel hochgefahren wird. Im Zusammenhang mit dem völligen Einstieg ist es wenig nützlich, aber bei den Ausstiegsvarianten würde es nicht nur erlauben, die Wahlen besser zu manipulieren, sondern auch, die Wirkung der eigenen Propaganda wieder etwas zu erhöhen.

Das ist, versteht sich, alles andere als ein klares Bild, nur eine Skizze mit Vermutungen; aber selbst wenn sie alle danebenliegen sollten – dieser Artikel allein wäre schon ein Zeichen dafür, dass etwas im Busch ist; dieser Artikel zusammen mit abgeriegelten Flugplätzen ist schon fast eine Garantie dafür. Wie immer, die Zeit wird erweisen, welche Variante zutrifft.

\* \* \*

## **Grußkarte an General Freuding: "Marsch der Schande" durch Kiew mit 37.000 Deutschen vor 80 Jahren**

<https://dert.site/meinung/215920-grusskarte-an-general-freuding-marsch-der-schande-37000-deutscher-durch-kiew-80-jahren/>

17.08.2024

**Die Generäle der Bundeswehr können ihre Freude kaum noch unterdrücken, wenn sie vom ukrainischen Einmarsch im russischen Gebiet Kursk sprechen. Sie schwärmen von Russlands Niederlage und reden von "wir", wenn sie über die Nöte der ukrainischen Streitkräfte sprechen. Man sollte sie daran erinnern, was an diesen Tagen vor 80 Jahren mit ihren militärischen Ziehvätern in Kiew geschah.**

*Von Wladislaw Sankin*

Generalmajor Dr. Christian Freuding vom Sonderstab der Ukraine kann seine Freude schwer unterdrücken. Aktuell müssten 100.000 Russen aus grenznahen Orten ins Hinterland "abgesiedelt" werden, sagte er in einem Interview für die Bundeswehr. Mit anderen Worten, diese Menschen sind auch dank des deutschen militärischen Engagements auf der Flucht. Diese russischen Menschen fliehen vor deutschen Waffen, denn die ukrainischen Soldaten drängen in Marder-Schützenpanzern nach Russland vor.

"Nein, das sind ukrainische Waffen, denn sie werden von der ukrainischen Militärführung eingesetzt", beteuert Freuding, wohl wissend, dass sich viele Menschen hierzulande immer noch an der Frage nach dem Grad der deutschen Kriegsbeteiligung im Ukraine-Konflikt stören.

Doch dann im Laufe des Gesprächs vergisst er sich und redet plötzlich von "wir", als er über die ukrainische Luftabwehr spricht:

*"Wir haben die Herausforderung, dass wir die Luftverteidigungssysteme brauchen, einmal zum Schutz der kritischen Infrastruktur. Zum zweiten zum Schutz der Bevölkerungszentren. Wir brauchen sie zum Schutz, zur Verteidigung der unmittelbar an der Front eingesetzten Truppenteile. Wir brauchen sie jetzt auch oben in Kursk zur Begleitung des Angriffs."*

Noch einmal: "*Wir* brauchen sie in Kursk zur Begleitung des Angriffs." Insgesamt biete der Angriff auf das Kursker Gebiet "viele interessante Möglichkeiten", freut er sich und strahlt Optimismus aus, als der Moderator ihn fragt, ob die Ukraine den Krieg doch noch gewinnen könne: "Ja, natürlich!". Und Freuding erinnert daran, dass dieser Sieg die Vertreibung Russlands aus den sogenannten okkupierten Gebieten bedeute, einschließlich der schon seit zehneinhalb Jahren russischen Krim. Seine Augen funkeln schon wieder, genauso wie vor ungefähr einem Jahr im September, als er bei einer Konferenz in Kiew zum gleichen Thema befragt wurde.

Die Russen kommen aus dem Staunen nicht heraus. Sind das die gleichen Deutschen, denen wir noch vor wenigen Jahren unser Gas zu Vorzugspreisen geliefert haben (und denen wir es immer noch anbieten)? Oder sind es schon andere Deutsche – die von der Wehrmacht? Die Debatte um Wehrmacht-Vorbilder für die Bundeswehr rundete das Bild diese Woche ab. Ein russischer Journalist postete einen leicht manipulierten Ausschnitt von Freudings Auftritt auf seinem Telegram-Kanal und fragte:

*"Offiziere analysieren die Gefechte im Gebiet Kursk. Sommer 2024. Bundeswehr. Oder ist es schon die Wehrmacht?"*

[Video]

Was können wir hier, in Berlin, tun? Ganz im Geiste des geposteten Videos des russischen Journalisten, der die Besprechung erobelter russischer Gebiete mit Wehrmacht-Liedern untermalte, können wir eine Bilderserie aus Kiew von vor genau 80 Jahren an die deutschen Generäle und sonstigen Offiziere richten. Erinnert euch einfach daran, was euren Vorfahren auf ukrainischem Boden widerfahren ist.

Am 16. August 1944 fand in Kiew ein "Marsch der Schande" statt. Eine Kolonne deutscher Kriegsgefangener, die 37.000 Menschen umfasste, marschierte durch die Straßen der Stadt. Nach Berechnungen des sowjetischen Militärs kamen 170.000 Kiewer Bürger, um die "tapferen" deutschen Soldaten zu bestaunen, die versprochen hatten, die gesamte Sowjetunion zu erobern, aber stattdessen in Gefangenschaft gerieten.

Kolonnen von Kriegsgefangenen marschierten fünf Stunden lang – von 10 Uhr vormittags bis 15 Uhr am Nachmittag – durch die Straßen Kiews, die von Trümmern geräumt worden waren. Die Gesamtlänge der Route durch die Stadt vom Konzentrationspunkt bis zum Ort der Verladung in die Staffeln betrug 21 Kilometer.

Nach dem Ende der Prozession wurden die Gefangenen in 13 Eisenbahnwaggons verladen. Etwa 19.000 Teilnehmer des "Marsches" wurden in die Minen des Donbass geschickt, 5.000 nach Saporoschje in die Betriebe des Volkskommissariats für Tschornmet und des Volkskommissariats für Luftfahrtindustrie, und 4.500 weitere Deutsche wurden nach Nikolajew geschickt, um den Hafen und die Werft wiederherzustellen. Fast 5.000 Kriegsgefangene blieben in Kiew, wo sie beim Wiederaufbau der kriegszerstörten Stadt eingesetzt wurden.

Die damals streng geheimen Berichte des Innenministeriums geben die Reaktionen der Kiewer Bevölkerung auf den Marsch wieder. Viele störten sich daran, dass ihre ehemaligen Peiniger zu gut aussahen, im Unterschied zu den gefangenen sowjetischen Soldaten, die – hungrig und verwundet – von den Deutschen getrieben werden. Es gab auch Versuche von Soldaten und Invaliden des Vaterländischen Krieges, die Absperrung zu durchbrechen und Kriegsgefangene mit einer Krücke, einem Stein oder einem Stock zu schlagen, ohne ihnen jedoch besonderen Schaden zuzufügen.

Eine Frau näherte sich der Kolonne und spuckte einem deutschen Offizier ins Gesicht. Diese Aktionen wurden von Beifallsbekundungen begleitet. Die Bevölkerung zeigte einen tiefen Hass und Abscheu gegenüber den Nazis: "Tod für Hitler!", "Wir haben die Nase voll!", "Tod dem Faschismus!", "Schande über die Mörder!" und so weiter. Das Auftauchen von Kriegsgefangenen löste in der Bevölkerung auch Lachanfalle aus.

Viele Einwohner haben ihre eigenen Erinnerungen an den Tag überliefert, das Nachrichtenportal *Baltnews* hat sie zusammengefasst. So erinnerte sich eine Kiewerin in ihren Memoiren: "Die Kolonne wurde von einer Kette von Soldaten und Polizisten an den Rändern geschützt. Aber kaum einer der Kiewer Bürger stürzte sich auf den wehrlosen, gestrigen Feind. Meist beschränkte sich alles auf empörte Rufe und Spott."

Eine Buchhalterin sagte: "Diese Kannibalen haben ein gesundes Aussehen. Ich erinnere mich, wie die Gefangenen der Roten Armee durch die Straßen von Kiew geführt wurden. Sie sahen zwar aus wie Tote, unbekleidet, hungrig und barfuß, aber in jedem Gesicht konnte man die Kraft und den Hass spüren. Und die hier marschieren wie eine Herde Schafe. Wo ist ihr früherer Stolz?"

Ein Stenograph des Volkskommissariats für Mestprom der Ukrainischen SSR sagte: "Es ist angenehm, die Kolonnen gezähmter Raubtiere zu sehen, denen man die Krallen ausgerissen und sie in einen Käfig gesperrt hat. Schließlich haben sie uns wie Hunde behandelt. Es ist schade, dass wir diesen 'Befreiern' nicht ins Gesicht spucken können."

Sokolow, korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der Ukrainischen SSR, sagte: "Ich vergleiche dieses Spektakel mit dem, was ich 1941 gesehen habe, als die Deutschen sowjetische Kriegsgefangene abführten. Ich glaube, dass es falsch ist, dass wir den Deutschen eine so gute Haltung zugestehen."

Ein Arbeiter sagte: "Sie trabten unsere Verwundeten an, und wir fütterten diese Mäuler, führten sie im Gleichschritt und stellten eine Wache auf. Ich würde ihnen das Zehnfache heimzahlen." Eine Frau erwiderte:

*"Die Russen vergessen schnell die Kränkungen."*

\* \* \*

## **Deutscher Journalisten-Verband – immer eng an der Seite von Repression und Zensur**

<https://dert.site/meinung/215762-deutscher-journalistenverband-immer-eng-an/>

17.08.2024

**Die Aufhebung des Verbots des Magazins "Compact" ist nicht nur eine Schlappe für Faeser, auch der DJV hat es begrüßt. Der Journalisten-Verband stellte sich wiederholt an die Seite von Zensur und Repression. Wer den Rücktritt von Faeser fordert, sollte auch die Auflösung des DJV fordern.**

*Von Gert Ewen Ungar*

Das Verbot des Magazins *Compact* wurde gerichtlich gekippt. Für Innenministerin Nancy Faeser ist das eine schwere Schlappe. Ein Sprecher des Ministeriums prahlte vor wenigen Wochen noch auf der Bundespressekonferenz, das Verbot sei rechtssicher. Das war es ganz offensichtlich nicht.

Aber nicht nur Faeser steht vor dem Scherbenhaufen ihrer auf Repression abzielenden Politik. Die

Claqueure und Unterstützer der Zensurmaßnahme werden vom Urteil ebenso getroffen. Allen voran ist hier der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) zu nennen, der das Verbot von *Compact* euphorisch begrüßte.

In einem Kommentar schrieb der Pressesprecher des Verbandes, Hendrik Zörner:

*"Um es klar zu sagen: Compact ist bzw. war zu keinem Zeitpunkt journalistisch, es ging nie um Aufklärung, recherchierte Informationen und Fakten. Compact verbreitete Hetze pur, Propaganda in Reinform. Die etablierten Medien wurden denn auch als Systemmedien und Lügenpresse verunglimpft. Mit dem Verbot gibt es eine Hetzmaschine weniger."*

Man mag das so sehen, aber damit ist *Compact* in Deutschland wahrlich nicht allein. Das macht die *Bild* auch seit Jahr und Tag. Es ist ihr Geschäftskonzept. Die Berichterstattung über Russland ist in der Breite des Spektrums des deutschen Mainstreams auf unterstem journalistischem Niveau angekommen. In deutschen Medien grassiert ganz offen der Rassismus und die Russophobie. Während Corona erging sich der Mainstream in Publikumsbeschimpfung, züchtete Hass und hetzte gegen Maßnahmenkritiker und Impfskeptiker. Dem DJV war das nicht nur egal, er fand es gut und rief nach mehr. Hass und Hetze – das sind immer nur die anderen.

Der DJV behauptet von sich, er sei die Interessenvertretung von Journalisten und setze sich für den Schutz der Pressefreiheit ein. Er ist weder das eine noch tut er das andere, das hat er mehrfach und im Zusammenhang mit dem Verbot von *Compact* erneut bewiesen.

Der DJV ist eine Vereinigung der Besitzstandswahrer. Der Verband hält Hofberichterstattung für die zentrale Aufgabe des deutschen Journalismus – Er begrüßt es, wenn alle zum gleichen Thema das Gleiche schreiben. Der DJV hält die freiwillige Gleichschaltung, die in den deutschen Medien herrscht, für den Ausdruck journalistischer Qualität. Gegenüber allem anderen positioniert er sich kritisch, heißt Zensur sowie Verbot gut. Ein Elendsverein.

Man muss nicht mit allem einverstanden sein, was *Compact* veröffentlicht hat, aber man muss als Journalistenverband sich mit jeder Faser dafür einsetzen, dass es veröffentlicht werden darf. Der DJV tut das nicht, sondern ergeht sich in elitärer Deutung des Journalismusbegriffs. Er macht sich damit überflüssig, denn eine Dachorganisation für Journalisten, die sich anmaßt, in angeblich echten und unechten Journalismus unterteilen zu können und vor allem zu dürfen, setzt sich im Zweifelsfall eben nicht für Pressefreiheit, sondern für Repression ein. Der DJV hat bewiesen, dass er genau das tut. Er redet der Repression und der Zensur das Wort. Als Dachverband ist er eine Schande für den deutschen Journalismus. Man sollte ihn auflösen.

Der Verband sei erneut daran erinnert, was es mit der Pressefreiheit auf sich hat. Der Staat legt nicht durch Zensur das verfügbare Medienangebot fest, sondern der Medienkonsument entscheidet frei, welches Angebot er nutzen und welches er nicht nutzen möchte. Dass sich der DJV von diesem freiheitlichen Verständnis längst verabschiedet hat, beweist er regelmäßig.

So wie er das Verbot von *Compact* begrüßt hat, hat er das Verbot von *RT* gutgeheißen. Zörner begrüßte den Rausschmiss des Journalisten Boris Reitschuster aus der Bundespressekonferenz, er forderte während Corona mehr Zensur, der DJV teilte gegen Ken Jebsen aus, und natürlich bekannte er sich lange Zeit blau-gelb gestalteten Logo zur Ukraine-Politik der Bundesregierung.

Fakt ist, dass der DJV einen tief reaktionären, antidemokratischen und gegen die Freiheit gerichteten Journalismusbegriff vertritt.

Er vertritt eine Form des Journalismus, den aufgrund seiner Anpassung und seiner symbiotischen

Verschmelzung mit der Politik immer weniger Menschen lesen, sehen und hören möchten. Natürlich setzt sich der DJV daher für die staatliche Förderung von Medien ein, denen die Abonnenten aus guten Gründen längst den Rücken gekehrt haben.

Genauso wie die Rücktrittsforderungen an Faeser angesichts ihres Versuchs berechtigt sind, die Pressefreiheit auszuhebeln, muss auch die Auflösung des DJV gefordert werden. Sowohl Faeser als auch der DJV richten sich gegen die Fundamente der freiheitlichen Grundordnung. Beide sind Feinde der Pressefreiheit. Einen Journalistenverband, der sich gegen den Journalismus und Journalisten wendet, braucht eine Demokratie wahrlich nicht.

\* \* \*

## **Vor der letzten Entscheidungsschlacht: Westen und Kiew zu allem bereit**

<https://dert.site/meinung/215987-vor-letzten-entscheidungsschlacht-westen-und-kiew-zu-allem-bereit/>

18.08.2024

**Die Nachricht vom Freitagabend, Kiew plane den Einsatz schmutziger Bomben und nukleare Provokationen, darf nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Im Westen und in Kiew befindet man sich in einer zunehmend verzweifelten Lage und ist zu allem bereit. Sind wir bereit, das Schlimmste zu verhindern?**

*Von Irina Alksnis*

Mehrere Quellen haben berichtet, dass Kiew eine nukleare Provokation vorbereitet, nämlich die Zündung "schmutziger Bomben" in der Nähe der Lagerstätten russischer Kernkraftwerke. Die Kernkraftwerke Saporoschje und Kursk sind bedroht.

Es ist nicht das erste Mal, dass Insider und sogar offizielle Informationen über die Pläne der ukrainischen Behörden zum Einsatz nuklearer und radioaktiver Waffen bekannt werden. Aber es ist vielleicht das erste Mal, dass die Lage so verzweifelt ist, dass Kiew tatsächlich darauf zurückgreifen könnte.

Die russischen Truppen rücken im Donbass immer weiter vor und durchdringen die Verteidigungsanlagen der ukrainischen Streitkräfte. Mit dem Angriff auf die Region Kursk sollten gleich mehrere Aufgaben gelöst werden: erstens ein bedeutender militärischer Erfolg in Form der Einnahme des Kernkraftwerks Kursk und generell ein ernsthafter Vorstoß tief in russisches Territorium; zweitens Moskau zu zwingen, Truppen aus dem Donbass in diese Richtung zu verlagern und damit den Druck an der dortigen Front zu verringern; drittens die innenpolitische Lage in Russland zu destabilisieren, im Idealfall mit den weitreichendsten staatspolitischen Folgen.

Um diese Aufgabe zu lösen, hat Kiew seine knappen und äußerst wertvollen Reserven gegen Kursk geworfen – kein zwangsmobilisiertes Kanonenfutter und keine in monatelangen Kämpfen erschöpften Einheiten dieses Mal, sondern frische, gut vorbereitete, gut ausgerüstete und motivierte Kräfte.

Zehn Tage nach Beginn des Angriffs können wir getrost sagen, dass keine dieser Aufgaben erfüllt wurde. In der Region Kursk wird erbittert gekämpft, die Region Belgorod steht unter Beschuss, aber statt Siegesreden zu halten, die man der Welt präsentieren könnte, sind die ukrainischen Streitkräfte gezwungen, fieberhaft Verteidigungsanlagen zu errichten. Um seine Aufgaben zu lösen, musste Kiew eine große Menge westlicher Ausrüstung an die Front werfen, die zuvor gerettet und

mit allen möglichen Vorsichtsmaßnahmen eingesetzt worden war und die, einschließlich Patriot-Luftabwehrsysteme, nun von der russischen Armee systematisch zerstört werden.

Insider sagen, dass Kiew das eroberte Gebiet mit allen Mitteln bis November, bis zu den US-Präsidentenwahlen also, halten muss. Dies ist die einzige Möglichkeit, seine Herren davon zu überzeugen, dass das "ukrainische Projekt" für den Westen noch nützlich sein kann und daher weiterhin unterstützt werden muss. Es scheint jedoch, dass sie selbst nicht glauben, dass dies gelingen wird.

Das bedeutet, dass die Karte, auf die die Ukraine so viel gesetzt hat, geschlagen ist, und Wladimir Selenskij und Co. könnten tatsächlich bald "abgeschrieben" zu werden. Nur sind das Leute, die keine Schranken kennen, wenn es um ihr persönliches Überleben und Wohlergehen geht. Sie haben ein Fließband des Todes für ihr eigenes Volk organisiert, sie haben ihr Land dem Untergang geweiht, und es geht ihnen gut dabei. In den 1990er-Jahren wurden solche Gestalten als "Tabulose" bezeichnet, weil sie zu absolut jeder, auch der abscheulichsten Gräueltat bereit waren.

In einer Situation, in der keine ihrer Bemühungen, oder besser gesagt Verbrechen, das gewünschte Ergebnis bringen, sind sie zweifellos bereit, auch das Schlimmste aus dem Arsenal der Mittel einzusetzen, das ihnen noch zur Verfügung steht. Was ihnen fehlt, werden ihnen die US-Amerikaner und die Briten gerne zur Verfügung stellen, deren eigene Lage noch nicht so kritisch ist, aber sich gleichfalls in eine fatale Richtung entwickelt, zur totalen geopolitischen Niederlage nämlich. Mit fremden Händen Atomwaffen gegen Russland einzusetzen, dazu ist man in London und Washington unter diesen Umständen mit Freuden bereit.

Kiew ist bereit. Der Westen ist bereit. Wir müssen bereit sein, sie aufzuhalten.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Originalartikel ist am 17. August 2024 auf [ria.ru](http://ria.ru) erschienen.*

\* \* \*

## **Nord Stream: Die Terroristen-Versteher**

<https://dert.site/meinung/216100-nord-stream-terrorismus-versteher/>

19.08.2024

**Putin-Versteher? Das ist etwas für Anfänger. Der Umgang mit den neuen Erkenntnissen über die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines offenbart in Deutschland eine neue Spezies: die Terroristen-Versteher.**

*Von Tom J. Wellbrock*

Vorweg: Der Autor dieses Textes geht nicht davon aus, dass die Geschichte aus dem *Wall Street Journal* (*WSJ*) die letzte Wahrheit über die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines ist. Zumindest die Behauptungen, Selenskij und die CIA sollen den Stopp der geplanten Sprengungen gefordert haben, wirken mehr als naiv bzw. konstruiert und dienen offenkundig der vorauseilenden Weißwaschung der politischen Spitzen von USA und Ukraine.

Aber sei's drum, nehmen wir einmal an, dass das *WSJ* im Kern recht hat mit der Geschichte über eine Beteiligung der Ukraine, so ergibt sich doch ein sehr interessantes (man könnte auch sagen: verstörendes) Bild, wenn man auf die deutschen Reaktionen darauf schaut.

## **Der Haftbefehl**

Man muss es in Anbetracht der allgemeinen deutschen Ermittlungsträgheit wohl als große Leistung bezeichnen, dass der Generalbundesanwalt einen Haftbefehl erwirkt hat. Der Ukrainer, um den es geht, konnte aber nicht verhaftet werden, da die Polen, denen der Haftbefehl zugestellt wurde, den Mann in Ruhe ließen, dieser dann unbehelligt in die Ukraine ausreisen konnte und dort jetzt womöglich in einer Hängematte bei einem kühlen Getränk dem deutschen Treiben zusieht. Denn die Ukraine liefert ihre Staatsbürger nicht aus (freut sich allerdings sehr, wenn ihre Staatsbürger ihr ausgeliefert werden, um im Krieg zu sterben).

Das Bemerkenswerte an dieser Nicht-Verhaftung ist die Reaktion der Sprecher der Bundesregierung auf der Bundespressekonferenz. Die dort anwesenden Journalisten zeigten sich entgegen ihrer sonstigen allgemeinen kritiklosen Spracharmut sehr interessiert an der Haltung der Bundesregierung. Stand sie im Kontakt mit Polen, gibt es einen Austausch mit der Ukraine, wird sich um eine Auslieferung des Ukrainers bemüht, für den ein deutscher Haftbefehl vorliegt?

Die Antwort verschiedener Sprecher lautete sinngemäß: Keine Ahnung! Stets wurde auf den Generalbundesanwalt verwiesen, der betreibe die Ermittlungen, an den müssten sich die Journalisten wenden, wenn sie etwas erfahren wollten. Die Bundesregierung hat also erstens mit dem Fall nichts zu tun und kann zweitens dazu nichts sagen, weil sie kein Interesse und keine Meinung hat. Die Tatsache, dass es sich bei den Sprengungen um Terroranschläge handelte, kümmert die Bundesregierung offenbar nicht.

### **Terroristen-Versteher mit Brille**

Die Bundesregierung hüllt sich in Schweigen, für sie ist der Terror, der die Sprengung der Pipelines ermöglichte, keine große Sache. Sicher, ein direkter Angriff auf die deutsche Energieversorgung sollte eigentlich schon von Interesse sein, wenn man politischer Entscheider ist. Doch dem ist nicht so, und auch wenn die Bundesregierung selbst sich in korruptes Schweigen hüllt, müssen wir dennoch nicht auf eine Erklärung und Einordnung des Ganzen verzichten. Denn im Grunde ist überhaupt nichts passiert.

Das erklärt uns jedenfalls Roderich Kiesewetter (CDU), der zunächst einmal betont, dass zum Zeitpunkt des Anschlags überhaupt kein Gas durch die Pipelines transportiert wurde. Nord Stream 1 war laut Kiesewetter zunächst auf ein Minimum reduziert, danach sei der Betrieb ganz eingestellt worden, Nord Stream 2 hatte die Arbeit noch gar nicht aufgenommen, daher sieht der Erklär-Bär mit Brille auch keinen Anlass, die Pipelines überhaupt zu zerstören. Mit anderen Worten: Putins Kriegskasse wurde wegen fehlenden durchgeleiteten Gases nicht gefüllt, was wiederum dazu führt, dass die Ukraine keinen Grund gehabt habe, die Röhren in die "Luft" zu jagen. Eigenwillig, aber in der Gedankenwelt eines Roderich Kiesewetter wohl schlüssig.

Man muss dem Mann weiter lauschen und ihn wörtlich zitieren, um zu verstehen, wie in Deutschland mit Staatsterror oder auch dem Verdacht darauf umgegangen wird:

*"Ich verteidige nicht die Ukraine, weil, wenn sie's war, ist es auch spannend, weil kein deutsches Eigentum beschädigt wurde, es war in internationalen Gewässern, also es gäbe keinen Rechtsfall gegen Deutschland."*

Und jetzt kommt der Terroristen-Versteher ins Spiel:

*"Außerdem ist die Ukraine die Angegriffene, die Sicherheit der Ukraine – egal, ob sie das zerstört haben oder nicht – ist in unserem Interesse. Mir geht es eher darum, eine vernünftigeren, breite Recherche zu machen."*

Halten wir fest: Selbst wenn der Terroranschlag von der Ukraine ausging, ist die weitere Unterstützung dieses abgründig korrupten politischen Systems mit Verdacht auf Terroraktivitäten auf die deutsche Infrastruktur für den Roderich eine Selbstverständlichkeit.

Das sind ausgesprochen gute Neuigkeiten für die USA. Die spielen zwar in Kiesewetters "vernünftiger, breiter Recherche" ohnehin keine Rolle. Doch sollte sich herausstellen, dass sie der Urheber der Anschläge waren, brauchen sie aus Deutschland nichts zu befürchten, weil ihre bloße Existenz mit allen Schweinereien, die das mit sich bringen könnte, in jeder Hinsicht "in unserem Interesse" ist.

## Schimpfe aus Polen

Die Bundesregierung schweigt weiter, was sogar einen ZDF-Journalisten wundert und schockiert. In einem Interview mit einer Kollegin kann ZDF-Hauptstadtkorrespondent Andreas Kynast das laute Schweigen in Berlin nicht fassen. Er verweist auf die Seriosität des *WSJ* und betont, dass der Vertrauensverlust im Raum stehe und es jetzt nicht einfach so weitergehen könne. Der Mann wird sich wohl täuschen.

Dafür hat sich aber Polens Regierungschef Donald Tusk gemeldet. Der steht unter einem gewissen Druck (so weit man das zahnlose Ächzen aus Deutschland als Druckmittel verstehen will), weil der Tatverdächtige mir nichts, dir nichts in die Ukraine verschwinden konnte. Die fast schon bizarre Argumentation Tusks lautet:

*"An alle Initiatoren und Schirmherren von Nord Stream 1 und 2: Das Einzige, was ihr jetzt tun solltet, ist euch entschuldigen und still sein."*

So nachzulesen auf X. Man könnte diesen Tweet wohl wie folgt übersetzen: Wir waren immer schon gegen Nord Stream. Ihr habt die Dinger trotzdem gebaut, und jetzt sind sie kaputt und einer der Täter war bei uns, ist jetzt aber weg. Hättet Ihr Idioten Nord Stream gar nicht erst gebaut, hätten wir jetzt auch kein Problem.

Auch eine Form, mit Staatsterrorismus umzugehen. Man macht das Objekt der terroristischen Begierde durch seine Existenz für die Tat verantwortlich und bastelt sich so einen Grund, der den Terror erklärt und rechtfertigt.

Wie sagt man so schön in den sozialen Medien: Der Bundesregierung gefällt das.

*Tom J. Wellbrock ist Journalist, Sprecher, Podcaster, Moderator und Mitherausgeber des Blogs neulandrebell.*

\* \* \*

## Zum Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche: Glaubensfreiheit mit Füßen getreten

<https://dert.site/meinung/216250-zum-verbot-ukrainisch-orthodoxen-kirche/>

20.08.2024

**Das ukrainische Parlament hat am Dienstag ein Gesetz zum Verbot der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche beschlossen, der Mehrheitskonfession des Landes. Selenskij-Versteher in deutschen Medien werden alles daransetzen, das jüngste Verbrechen des Kiewer Regimes zu rechtfertigen. Anton Gentzen hält dagegen.**

*Von Anton Gentzen*

Wahrscheinlich hat ein weltlich geprägter Mensch, zumal wenn er sich nicht mit diesem Thema beschäftigt hat, Schwierigkeiten, das Ausmaß der Tragödie nachzuvollziehen, die sich aktuell um die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche (UOK) und ihr heute beschlossenes Verbot abspielt. "Sollen sie doch in die ukrainische Nationalkirche gehen", werden Atheisten und Agnostiker sagen. "Was ist schon dabei?"

Gewiss, es sind scheinbar dieselben Riten, die in der von Petro Poroschenko um die Jahreswende 2018/2019 gegründeten "Orthodoxen Kirche der Ukraine" praktiziert werden, die Popen tragen dieselben Kleider, und es wird zum selben Gott gebetet, scheinbar.

Doch für einen Gläubigen stellen sich die Sachen grundlegend anders dar. Im Glaubensbekenntnis beschwört er jeden Sonntag – wie weit über tausend Jahre Generationen Gläubiger vor ihm – seinen Glauben an "die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche". Betonung liegt in unserem Kontext auf "die eine".

Heilsbringend ist in der Glaubenswelt eines orthodoxen Christen nur die Kirche, die sich von derjenigen, die Christus selbst gegründet hat, in unterbrochener Folge ableitet, zu ihr in ungebrochener Sukzession von Kirchenoberen steht. Eine Abspaltung gegen den Willen des Obersten der Kirche, von der man sich abspalten will, ist mehr oder weniger eine Todsünde. Der so gepflanzte Baum wächst auf giftigem Boden und trägt giftige Früchte. Anders ist es nur, wenn die Neupflanzung im Einvernehmen mit dem alten Baum (und dem himmlischen Gärtner sowieso) erfolgt, wenn der alte Baum einen seiner Äste selbst abwirft und ihn in seinem segnenden Schatten Wurzeln schlagen lässt.

Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche ist unbestritten kanonisch. Selbst ihre Peiniger von heute hatten vor wenigen Jahren noch keinerlei Zweifel daran. Bartholomäus, der Patriarch von Konstantinopel (so heißt Istanbul in Kirchenangelegenheiten immer noch), der 2018 und 2019 Poroschenkos Kirchenneugründung unterstützte und sich damit rechtswidrig in den ausschließlichen Zuständigkeitsbereich des Moskauer Patriarchen einmischte, war noch 2013 nach Kiew gereist, um die Kirchenfürsten der UOK zu umarmen. Damals hatte er öffentlich verkündet, dass er nur eine Kirche in der Ukraine anerkenne: eben die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats. Die Videoaufzeichnung dieses Schwures gibt es bis heute auf YouTube.

Sechs Jahre später waren es dieselben Brüder im Glauben, dieselben Mönche, Priester, Bischöfe und Kirchenlaien, denen er auf hinterhältige Weise in den Rücken fiel. Was hatte sich verändert, dass dem eidbrüchigen Griechen türkischer Staatsangehörigkeit sein eben noch gegebenes Wort nicht mehr heilig war?

Was man an Begründung auch aufzählen mag, es sind ausschließlich weltliche Dinge, die mit dem Kirchenrecht, mit der Existenz eines einmal gegründeten Kirchenkörpers nichts zu tun haben.

Der kanonische Kirchenoberste, eine seit 2014 rein ideelle Bindung übrigens, ohne jede praktische Auswirkung auf das Kirchenleben, hat seinen Sitz in Moskau? Spielt kirchlich keinerlei Rolle: Es gibt keinen kanonischen Grundsatz, wonach ein Nationalstaat seine eigene Kirche haben muss. Der Papst im Vatikan befiehlt die katholische Kirche weltweit, in mehr als 150 voneinander und vom Völkerrechtssubjekt Vatikan ohnehin unabhängigen Ländern. Und auch der Istanbuler Kirchenfürst selbst sieht seinen Zuständigkeitsbereich nicht auf die Türkei beschränkt, wie man schon an seinen Aktivitäten in der Ukraine sieht.

Der russisch-ukrainische Konflikt? Eine rein weltliche Angelegenheit. Bestrebungen des State

Departments in Washington, die Orthodoxie zurückzudrängen? Eine rein weltliche Angelegenheit. Spendable Oligarchen in Kiew wollen eine "eigene" Kirche? Eine rein weltliche Angelegenheit.

Es gibt schlichtweg keinen religiösen, keinen kanonischen, keinen dogmatischen Umstand, der der soeben noch von allen Eingeweihten als einzig legitimer Kirchenkörper in der Ukraine anerkannten UOK sechs, zehn, hundert Jahre später ihre Legitimität und Existenzberechtigung entziehen würde.

Dazu muss man noch wissen, dass die Orthodoxie keinen Papst kennt. Der Istanbuler Kirchenfürst ist nach von allen außer ihm selbst anerkanntem Glaubensaxiom nur "primus inter pares", Erster unter Gleichen: nicht der oberste Richter, der sich auf kanonischem Territorium anderer Weltkirchen in Streitigkeiten einmischen darf. Seine kirchenorganisatorischen Befugnisse sind auf sein eigenes Gebiet beschränkt, in die territoriale Zuständigkeit anderer Patriarchen und Kirchenoberen darf er sich gar nicht einmischen.

Um diesen jedermann offensichtlichen Zuständigkeitsmangel zu überwinden, ohne der Papsthäresie beschuldigt zu werden, erfand Bartholomäus 2018 gar ein Recht, frühere Entscheidungen über Kirchenunabhängigkeit rückgängig zu machen. Er wies darauf hin, dass es seine Vorgänger waren, Patriarchen von Konstantinopel, die Moskau die kirchliche Unabhängigkeit gewährten. Deshalb dürfe er, meinte der türkische Staatsangehörige, die Entscheidung seiner Vorgänger auch wieder ganz oder zum Teil zurücknehmen.

Das ist ein offensichtlich abstruses Argument. Eine einmal in die Unabhängigkeit entlassene Kirche entwickelt ein Eigenleben und eine eigene, vom Geburtshelfer nicht mehr antastbare Existenzberechtigung. So wie ein Kind zwar auf Betreiben seiner Eltern auf die Welt kommt, aber nach der Geburt in seinen Rechten nicht mehr von diesen abhängt. Weder Vater noch Mutter dürfen dem einmal geborenen Kind einen Körperteil abschneiden und schon gar nicht es töten. An diesem Beispiel sollte man erkennen, dass Versuche, die Russisch-Orthodoxe Kirche kirchlich "rückabzuwickeln", schon mit der allgemeinen Menschenlogik nicht vereinbar sind, geschweige denn mit dem christlichen Verständnis von Nächstenliebe und Brüderlichkeit unter Gläubigen.

Der Weltorthodoxie gereicht es zur Ehre, dass die Mehrheit der Weltkirchen die Willkür von Bartholomäus und seine ukrainische Totgeburt bis heute nicht anerkannt hat. Nur vier der je nach Standpunkt 14 oder 15 orthodoxen Weltkirchen fügten sich der Entscheidung des Istanbuler Herrn: außer derjenigen von Konstantinopel die Griechische, die Zypriotische und der "Papst" von Alexandria, dessen Herrschaftsanspruch sich mit bescheidenem Erfolg auf ganz Afrika richtet.

Nicht einmal Kirchen, die schwelende Konflikte mit dem Moskauer Patriarchat haben und/oder in Washington sklavisch untergebenen Ländern residieren, von denen man eine Anerkennung der Neugründung von Bartholomäus und Poroschenko somit (aus weltlichen Gründen) erwartet und befürchtet hätte, machten diesen Schritt: nicht die Rumänische, nicht die Georgische, nicht die Albanische. Das Christliche überwog dort das Weltliche. Bislang zumindest, denn es wird weiter von massivem Druck aus Washington berichtet.

Vor allem aber haben die ukrainischen Gläubigen selbst die Neugründung und "Loslösung von Moskau" nicht anerkannt. Nur zwei der weit über hundert Bischöfe der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche wechselten zur Neugründung, viele zahlen heute mit ihrer Freiheit für ihre Standhaftigkeit. Als der ukrainische Staat der UOK das größte ihrer Heiligtümer – das Kiewer Höhlenkloster – raubte, zogen es bis auf zwei oder drei Mönche fast alle vor, ihren angestammten Wohn- und Gebetsort zu verlassen, statt sich der Willkür zu fügen. Ebenso gering ist der Anteil der Gemeindepriester, die dem Druck nachgaben und wechselten. Was die Laiengläubigen angeht, so gibt es zwar keine zuverlässige Statistik, doch sprechen Bilder für sich: Die Kirchenbauten in Stadt und Land, die der ukrainische Staat der UOK mit List und Gewalt entzog, ziehen nur sehr wenige

Gläubige an, die Gotteshäuser, in denen UOK-treue Priester predigen, sind überfüllt.

Welche ist also "die eine, heilige, katholische und apostolische Kirche" in der Ukraine? Die Antwort drängt sich auf: Es ist und bleibt dieselbe, die dort seit Jahrhunderten wirkt, für die all die schönen Kirchenbauten errichtet wurden, deren Heilige weltweit verehrt und geachtet werden, die in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts genau dort Tausende von Märtyrern hervorgebracht hat und deren Schicksal es heute offenbar ist, neue Märtyrer für den Glauben hervorzubringen. Es ist dieselbe, der Bartholomäus selbst vor zehn Jahren noch Treue und brüderliche Liebe geschworen hatte. Es sind dieselben Menschen von ganz oben bis ganz unten, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen.

Und nun zum Weltlichen. Was hier geschrieben wurde, sind Thesen zu Glaubensfragen. Die Gewissensfreiheit, die in allen weltlichen Erklärungen der Menschenrechte und sogar in der weltlichen ukrainischen Verfassung ihren festen Platz hat, erlaubt es, dass Andersgläubige anderes glauben. Sie schützt aber eben auch, dass die Gläubigen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche glauben, dass ihre Kirche "die eine, heilige, katholische und apostolische" in ihrem Land ist. Sie ihrer Kirche zu berauben, sie in eine andere zu zwingen, ist eine himmelschreiende Verletzung der verbrieften Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Hier versucht ein Staat, einen Glauben zu verbieten. Die traditionelle Mehrheitskonfession des Landes, was es nicht besser macht. Darüber werden all die weltlichen Erwägungen von Ukraine-Apologeten, die immer alle Verbrechen des Kiewer Maidan-Regimes gerechtfertigt haben und auch weiter seine künftigen Verbrechen rechtfertigen werden, nicht hinweghelfen. Amen.

\* \* \*

## **Deutschlands leere Staatskasse – Wiederaufbau oder weiter das Abenteuer Selenskij**

<https://dert.site/meinung/216277-russland-hat-deutschlands-staatskasse-leergeraeumt/>

21.08.2024

**Christian Lindner dreht den Geldhahn zu: Laut Medienberichten hat der Finanzminister dem Bundesverteidigungsministerium fürs nächste Jahr eine Halbierung und später eine Dezimierung der Ukraine-Hilfen verordnet. Wo ist bloß all das schöne Geld hin, das in Deutschland einst nur so sprudelte?**

*Von Sergei Sawtschuk*

Wir – einfache, bodenständige Menschen – wollen einfache Entscheidungen sowie schnelle und offensichtliche Ergebnisse. Dieser Wunsch ist verständlich, aber unvereinbar mit den Realitäten der Geopolitik, wo die Spieler Figuren bewegen, die für den Durchschnittsbürger oft unsichtbar sind, und wo die Auswirkungen eines jeden Zuges sich oftmals erst nach Jahren zeigen.

Wir, die wir heute leben, haben etwas mehr Glück als andere Generationen und werden Augenzeugen einzigartiger Ereignisse. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* behauptet, einen Brief des Finanzministers vom 5. August dieses Jahres gelesen zu haben, den Christian Lindner an seine Kollegen im Berliner Verteidigungsministerium adressiert hat. Darin heißt es, dass Berlin aufgrund des Finanzdefizits keine neuen Anträge auf Militärhilfe für die Ukraine mehr prüfen wird.

Einfach ausgedrückt, der Bundesregierung ist das Geld ausgegangen.

In seinem Schreiben führt Lindner einen Zeitplan für die schrittweise Verringerung des Volumens

an. Bereits im nächsten Jahr soll der Umfang der Hilfe für Kiew halbiert werden, und bis 2027 wird er weniger als zehn Prozent des derzeitigen Umfangs betragen. Der oberste deutsche Finanzier versuchte, die Pille zu versüßen, indem er sich darüber beklagte, dass er aufgrund der Stagnation der deutschen Wirtschaft keine andere Wahl habe und dass diese Dynamik nichts mit der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines zu tun habe, die nun zunehmend gewissen ukrainischen Tauchern angelastet wird.

Linders Brief überlagerte sich mit Meldungen von der Frankfurter Börse, wo Aktien des größten Rüstungskonzerns Rheinmetall, der mit den direkt aus dem Bundeshaushalt bezahlten Waffenlieferungen an die Ukraine viel Geld verdient hat, vor dem Hintergrund der angekündigten Kürzungen der staatlichen Mittel nachgab. Während einer Börsensitzung fielen die Rheinmetall-Papiere um mehr als fünf Prozent im Kurs.

Offenbar gab es Lindners Appell an das Verteidigungsministerium tatsächlich, denn die deutsche Presse veröffentlichte gleich mehrere Publikationen dazu. Der *Spiegel* beispielsweise veröffentlichte einen Artikel mit recht hartem Inhalt, in dem es heißt, dass die Ukraine einen neuen Begriff lernen müsse, "Schuldenbremse". Und es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Ukraine zu ebendieser Bremse geworden ist, die zusammen mit anderen Prozessen wie ein Anker die einst erste Wirtschaft Europas bremst, die jetzt sehnsüchtig von einem Prozent BIP-Wachstum träumen muss.

Bei all dem, was geschieht, ist es sehr wichtig, nicht in Euphorie zu verfallen. Wir haben es mit Prozessen zu tun, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken und oft fließend ineinander übergehen.

Erstens müssen wir verstehen, dass Deutschland die Ukraine im Moment weiterhin mit tödlichem Eisen versorgt. Erst neulich berichtete der Bundestag über die Übergabe eines Boden-Luft-Raketensystems IRIS-T, 14.000 155-Millimeter-Granaten, zehn unbemannte Überwasserfahrzeuge und 26 Vector-Aufklärungsdrohnen mit allen Ersatzteilen und Werkzeugen an Kiew.

Zweitens ist der Rückgang der Aktienkurse der Hauptschmiede des deutschen militärisch-industriellen Komplexes zwar erfreulich, aber die knappen Haushaltsmilliarden, die in den letzten zwei Jahren an Rheinmetall geflossen sind, erlauben es dem Unternehmen immer noch, sich an der Spitze zu halten. Die Aktienkurse sind sogar wieder leicht gestiegen.

Das schwerfällige Schiff der Geschichte ändert eben nur langsam und für das bloße Auge unmerklich seinen Kurs.

Es ist kein Zufall, dass Ermittlungen zum Sprengstoffanschlag auf drei Stränge von Nord Stream in letzter Zeit an Fahrt aufgenommen haben und die Version mit einigen privaten ukrainischen Tauchern aktiv vom Weißen Haus gefördert wird, das die Last der Aufrechterhaltung des Ukraine-Krieges weiterhin auf die Schultern der europäischen Haushalte abwälzen will. Würde sich die sehr plausible Version des Pulitzer-Preisträgers Seymour Hersh bestätigen, würde es für Washington äußerst schwierig, Berlin davon zu überzeugen, für die Ukraine weiterhin Milliarden Euro aus seiner Wirtschaft abzuziehen und Letztere noch tiefer in die Rezession zu stürzen. Letzteres ist umso schmerzhafter, als Deutschland nach dem Terroranschlag vor der Insel Bornholm seine letzten drei Atomreaktoren freiwillig abgeschaltet hat, was die Energiepreise im Inland weiter in die Höhe treibt und die finanzielle Belastung des realen Sektors erhöht.

Nur zum Verständnis: Deutschland hat nach den Ergebnissen des ersten Halbjahres 2024 eine zweifelhafte Spitzenposition bei den Kosten der Stromerzeugung in Europa eingenommen. Die Produktion einer Megawattstunde kostet hier aus bekannten Gründen 87,50 Euro. Im völlig

importabhängigen Großbritannien kostet sie 60 Euro, im benachbarten Frankreich, das nicht einmal daran denkt, seine alten Atomkraftwerke abzuschalten, 13,50 Euro. Merken Sie den Unterschied?

Die jetzt propagierte Version, in der der inzwischen in den diplomatischen Erholungsurlaub abgeschobene General Waleri Saluschny die Sprengung von für die deutsche Wirtschaft lebenswichtigen Gaspipelines anordnet, motiviert Berlin jedoch kaum, die Ukraine weiterhin zu unterstützen.

Dass der Vektor der Zeit unaufhaltsam weiterläuft, wird indirekt durch die jüngste Erklärung der Bundestagsabgeordneten Sahra Wagenknecht bestätigt. Ihre Partei besteht darauf, Rosneft eine Mehrheitsbeteiligung an der schwedischen Raffinerie (PCK Raffinerie) zurückzugeben, die 2022 illegal beschlagnahmt und unter die Verwaltung der Bundesnetzagentur gestellt wurde. Im Gegenzug erwartet die deutsche Opposition, dass Russland die Lieferung von Ural-Rohöl über die Druschba-Pipeline wieder aufnimmt. Russisches Öl ist seit jeher der Grundstoff für die Raffinerie, die fast ganz Ostdeutschland mit Brennstoff versorgt. Gegenwärtig wird das Rohöl von der polnischen Firma Naftoport geliefert, aber es ist eben teuer, da die Polen hier als Zwischenhändler auftreten.

Als die militärische Sonderoperation begann und das Karussell der Sanktionen und Restriktionen gegen Russland in Gang kam, warnten viele, dass dies ein zweischneidiges Schwert sei und der russophobe Chor, der der Ukraine zu Hilfe eilt, in Tränen enden könnte. Das rief damals ein verächtliches Schmunzeln hervor: Seht euch Deutschlands Wirtschaft und Industrie an – sie allein kann alle Kosten ohne großen Schaden tragen. Zweieinhalb Jahre später steht fest, dass die EU ihre Möglichkeiten eindeutig überschätzt hat und an einem Punkt angelangt ist, an dem eine klare Entscheidung getroffen werden muss: in den Wiederaufbau der eigenen Wirtschaft zu investieren oder in ein weiteres Abenteuer von Wladimir Selenskij?

Die Zukunft wird noch interessanter werden, ein wenig Geduld bitte.

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Originalartikel ist am 20. August auf [ria.ru](http://ria.ru) erschienen.*

\* \* \*

## **Odessa, Riga, Europa: Verbotene Straßenmusik auf Russisch**

<https://dert.site/meinung/216439-odessa-riga-europa-verbotene-strassenmusik/>

22.08.2024

**Das Ende der DDR hatte einen Auslöser. In Leipzig wollten im Sommer 1989 SED-Funktionäre Straßenmusikern ihre Auftritte verbieten, diese protestierten und bekamen Zuspruch. Einige Wochen später gab es die SED nicht mehr. Vielleicht zeichnet sich in Odessa und Riga aktuell Ähnliches ab.**

*Von Marina Achmedowa*

In Lettland will man Straßenlieder in russischer Sprache verbieten.

Die lettische Dichterin Liāna Langa hat sich mit dieser Forderung an den Stadtrat von Riga gewandt. Es ist nicht das erste Mal, dass Langa, eine weitgehend Unbekannte, sich an den Stadtrat wendet. Ihre Forderung wird von Edvards Ratnieks, dem Vizebürgermeister der Stadt Riga, unterstützt. Und nun kommt es so weit, dass Straßenlieder in russischer Sprache in Lettland verboten werden, und die Letten verdanken dies der wachsamem Frau Langa, die während der "sowjetischen Besatzung" Gedichte schrieb, die niemand brauchte – und niemand hinderte sie

daran, sie auf Lettisch zu veröffentlichen.

Langa hat eine geistige Zwillingschwester in der Ukraine – die Bloggerin Julia Karawadschak, die, wie sie über sich selbst sagt, viele Jobs und verschiedene Berufe ausprobiert hat und sich im Kampf gegen die russische Sprache wiederfand.

Neulich ging Julia die Deribassowskaja-Straße in Odessa entlang, wollte eine Torte kaufen und fühlte sich glücklich. Doch plötzlich vernahm sie "schrecklichen Lärm": Straßenmusiker spielten Lieder von Wiktor Zoi auf der Gitarre. Hätte Julia nicht ihr ganzes Leben in Odessa verbracht, hätte sie gedacht, dass hier alle so abnormal sind. Ich meine, nicht so wie sie. Wie die Musiker, die Zoi singen. Wie die Leute, die seelenruhig die Deribassowskaja-Straße entlanggehen, als ob nichts Schlimmes passieren würde. Und wie die Passanten, die den Musikern Geld in den Hut werfen. Wie die Musikanten selbst – dünne Kerle, nicht im Geringsten unterscheiden sie sich von den Straßenmusikern, auf die man irgendwo am Eingang der Moskauer Metro treffen könnte.

Der Abend floss durch die Deribassowskaja-Straße, gelb im Licht der Laternen. Die Pflastersteine des Bürgersteigs glitzerten, Spaziergänger flanieren in gemessenem Tempo. Eine Gitarre wurde gezupft, ein Lied wurde gesungen. Ein so altes, vertrautes Lied, dass es egal war, in welcher Sprache es ertönt – seine Musik, seine Worte haben sich Generationen eingeprägt. Ein Lied so vertraut, dass man in ihm einen Teil von sich selbst, seiner Welt, seiner langen Erinnerung erkennt. Auch in Odessa und niemand störte sich daran.

Bis Karawadschak mit ihrem Handy auftauchte und es den Musikern ins Gesicht hielt.

"Ich erlaube nicht, mich zu filmen", sagte einer der Straßenmusiker.

"Und ich erlaube Ihnen nicht, Lieder auf Russisch zu singen", erwiderte Karawadschak.

"Das sind ukrainische Interpreten auf Russisch", antwortete der Musiker.

"Wer?", fragte die Sprachaktivistin.

"Walentin Strykalo", antwortete der Mann. "Boombox."

"Super. Und was ist mit Zoi?", fragte Karawadschak.

"Zoi ist Sowjetbürger", antwortete ihr der Musiker.

"Und?", zischte Karawadschak aggressiv.

Karawadschak ist eine gefährliche Frau. Sie sagt, sie sei nur wegen einer Torte in die Deribassowskaja gekommen. Aber es ist nicht das erste Mal, dass sie Russischsprachige anprangert. Kürzlich besuchte ich eine Veranstaltung des Business-Coaches Witali Stupajenko, und als einer der Schulungsteilnehmer auf Russisch sprach, sprang Karawadschak mit einem Telefon auf und schrie:

*"Ich verstehe den Moskal nicht!"*

"Nun, ich halte Sie hier nicht auf", antwortete ihr der Referent und ertete dafür Applaus vom Publikum.

Karawadschak wurde rausgeschmissen, aber sie stellte das Video ins Internet. Und jetzt droht der oberste ukrainische Ombudsmann für Sprachen, Taras Kremin, den Business-Coaches mit einer

harten Reaktion. Die Coaches hatten Angst vor Kremins Reaktion und entschuldigten sich schnell, während Karawadschak berühmt wurde und ihren Kampf gegen die russische Sprache fortsetzte, zumal er ihrem Blog, ihrer Einkommensquelle, zu mehr Popularität verhilft.

Sie hat selbst zugegeben, dass sie die Schulung nur besucht hat, um einen Skandal zu provozieren. Sie ist sicher nicht wegen einer Torte auf der Deribassowskaja aufgetaucht. Sie ist nicht die Art von Ukrainerin, die, wenn sie einen Russen hört, vor Schreck in Ohnmacht fällt und, wenn sie wieder zur Vernunft kommt, einen Skandal provoziert. Karawadschak sucht, wie ihre lettische geistige Schwester Langa, gezielt nach russischsprachigen Menschen. Dabei war sie jedoch unvorsichtig und verdeckte ihre Tattoos und Piercings nicht, an denen ukrainische Nutzer sie als das Webcam-Model wiedererkannten, das seinen Lebensunterhalt als Online-Prostituierte verdient. Sie begannen, für sie massenhaft Termine bei Gynäkologen in Kliniken in Odessa zu buchen, um zu zeigen, wie sie über ihren "Kampf" denken.

So sieht derzeit der stille Widerstand, so sieht die Verteidigung der russischen Sprache gegen Hassprediger wie Karawadschak in Odessa aus.

*Marina Achmedowa ist Schriftstellerin, Journalistin, Mitglied des Menschenrechtsrates der Russischen Föderation und seit Kurzem Chefredakteurin des Nachrichtenportals regnum.ru. Ihre Berichte über die Arbeit als Menschenrechtsaktivistin und ihre Reisen durch die Krisenregion kann man auf ihrem Telegram-Kanal nachlesen.*

*Übersetzt aus dem Russischen. Der Artikel wurde für den TG-Kanal "Exklusiv für RT" verfasst.*

\* \* \*

Diese Auswahl von Texten, die RT DE im August 2024 veröffentlicht hat, enthält außer den Links zu den jeweiligen Erstveröffentlichungen der Beiträge auf RT DE keine weiteren Verlinkungen zu Quellen oder anderen Materialien. Solche Verweise sind lediglich in der betreffenden Online-Version des jeweiligen Artikels vorhanden.

© Autonome gemeinnützige Organisation "TV-Novosti", 2005–2024. Alle Rechte vorbehalten.